

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Bolen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Bolen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorrück u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachadressen:** Bolen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 293

Bromberg, Freitag, den 18. Dezember 1936.

60. Jahrg.

Der Handstreich des Generals Tschanghsueliang.

Was wird Japan in China tun?

Mit dem Handstreich Tschanghsueliangs gegen den Marschall Tschiangkaiſchek sind die großen Trennungslinien in China, die bisher mühsam verdeckt waren, plötzlich wieder aufgedeckt. Die kommunistische Bewegung im Reich der Mitte ist, seitdem die Kuomintang in ihren Anfängen ihr Raum gab, immer sehr stark gewesen, und es war keineswegs unberechtigt, wenn Japan an die Nanjing-Regierung bei jeder Gelegenheit die Anforderung richtete, energischer an deren Unterdrückung heranzugehen.

Marschall Tschiangkaiſchek war ganz gewiß ein entschiedener Gegner des Kommunismus. Er hat seinen Einfluß auf die Zentralregierung völlig beseitigt, und im Jahre 1929 brach er sogar die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland ab, gewiß ein Zeichen dafür, daß er sich der von Moskau für die innere Entwicklung Chinas drohenden Gefahren voll bewußt war. Aber die Agenten des Bolschewismus wählten in dem durch den revolutionären Umbruch nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie in dem aus der einstigen Ruhe aufgeschreckten Volk weiter. Und es blieb nicht bei Agitationen. Das Bandenwesen hat in China immer eine große Rolle gespielt. Diese Banden aber nahmen hier und da die Form von recht respektablen Armeen an, an deren Spitze ein ehrgeiziger Führer stand, der sich aus eigener Machtvollkommenheit zum „General“ ernannte. Die Nanjing-Regierung hat sich immer wieder genötigt gesehen, gegen diese das Land terrorisierenden Bandenheere militärisch vorzugehen und Tschiangkaiſchek hat viel Kraft darauf verwenden müssen, sie zu bekämpfen. In den letzten Wochen hat ihm namentlich die kommunistische Armee des Generals Maub viel zu schaffen gemacht. Die in Suiſjan eingeleitete Säuberungsaktion galt einem dort gefährlich werdenden kommunistischen Aufstand dieser Truppen.

Nun hat sich der junge General Tschanghsueliang, der von Tschiangkaiſchek zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in diesem Kampfsgebiet ernannt worden war, auf die Seite der Kommunisten geschlagen. Es ist noch nicht klar erkennbar, ob er dabei der alten doktrinären Einstellung der Kuomintang folgte, oder ob Moskau, das die Dinge natürlich sehr aufmerksam beobachtete, andere dort in solchen Fällen übliche Mittel anwandte, um ihn herüberzuziehen. Daß Moskau seine Hand im Spiele hat, geht schon daraus hervor, daß die kommunistischen Truppen Maschinengewehre und Geschütze modernsten Typs besitzen, die sie nur von Sowjetrußland bekommen haben können.

Die Kriegslage ist noch unklar. Tschanghsueliang behauptet zwar, über 360 000 Mann zu verfügen; aber andere Meldungen besagen, daß sein Heer durchaus nicht geschlossen hinter ihm stehe, sondern daß ein Teil sich weigere, gegen die Nanjingtruppen zu stehen. Nachdem er soeben den Verrat an der Zentralregierung beging, könnte es also leicht sein, daß seine eigene Streitmacht ihm nunmehr die Gefolgschaft verliert. Da Nanjing 12 Divisionen in Marsch gesetzt hat, um dem Spuk um Tschanghsueliang rasch ein Ende zu machen, wäre es möglich, daß die Besinnung rascher kommt, als vermutet werden konnte.

Moskau wird sich allerdings alle Mühe geben, die kommunistische Bürgerkriegsarmee Tschanghsueliangs und Maos bei der Stange zu halten. Abgesehen davon, daß die Sowjetregierung ebenso wie die Komintern ein Interesse daran haben, das von Tschiangkaiſchek so erfolgreich begonnene Aufbauwerk zu föhren, wollen sie ganz offenbar Japan in die chinesischen Wirren hineinziehen. Seitdem das deutsch-japanische Abkommen über die Abwehr der internationalen Wählerarbeit der Komintern unterzeichnet wurde, tritt die Gegnerschaft gegen Japan in Moskau wieder offen zutage. Die Sowjetregierung fühlt sich unmittelbar getroffen, obwohl sie sonst, wenn es ihr zweckmäßig erschien, immer auf dem Standpunkt stand, die Komintern sei eine ganz private Organisation, für die der Kram nicht verantwortlich sei. Aber kaum war das deutsch-japanische Abkommen veröffentlicht, so zog sich Sowjetrußland von dem bereits paraphierten Abkommen mit Tokio über gewisse Fischereirechte in den ostibirischen Gewässern zurück und wurde allen Versuchen gegenüber, diese für die japanische Fischereibevölkerung recht wichtige Angelegenheit wieder in Gang zu bringen, schwerhörig. Angeblich sollten technische Schwierigkeiten im Wege stehen. Aber jetzt hat Herr Litwinow ganz offen bekannt, daß es das deutsch-japanische Abkommen ist, was ihn ärgert. Man will also einen Druck auf Japan ausüben. Und da er von dieser Seite her nicht wirksam genug war, macht man in China Revolution, in unmittelbarer Nachbarschaft der Nordprovinzen, die Japan als sein wirtschaftliches Einflußgebiet betrachtet. Es könnte Moskau nur willkommen sein, wenn Japan sich in diese Kämpfe einmischen würde; denn dann wäre es im Fernen Osten für eine Weile beschäftigt. Daß Sowjetrußland diese Konfliktlage notwendig zu haben glaubt, deutet darauf hin, daß es im Westen die Hände freihalten will, um hier jene durch die spanischen Vorgänge genügend deutlich gewordenen Ziele energischer zu verfolgen.

Europa hat also alles Interesse daran, der Entwicklung in China seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie ist so wenig eine rein innerchinesische wie die Kämpfe um Madrid eine inner-spanische Angelegenheit sind. Vor allem ist zu wünschen, daß Tschiangkaiſchek, der sich in der Gewalt Tschanghsueliangs befindet, aber nach den neuesten Meldungen noch am Leben sein soll, von den nationalen Truppen befreit wird. Im Augenblick scheint er der einzige Mann zu sein, der nicht nur den Kommunismus in China niederzuschlagen könnte, sondern der auch die bedrohlich werdende Spannung zwischen Japan und einem auf kommunistische Bahnen abgleitenden China wieder zu beheben vermöchte. Er hat in den bisherigen Verhandlungen mit Tokio so viel Geschick bewiesen, daß man auf seine Rückkehr alle Hoffnungen setzen darf. Tschanghsueliang, der offenbar die Absicht hat, die Gewalt in China an sich zu reißen und damit den Weg zu gehen, den sein Vater Tschanghsolin einst beschritt, ist einerseits so sehr in die Feindschaft gegen Japan verannt, daß ihm ein Ausgleich bestimmt nicht gelingen würde, andererseits so offen im Bündnis mit Moskau, daß er dem Kommunismus in China Tür und Tor öffnen würde.

Schwere Kämpfe im Osten von Sianfu.

Aus Nanjing wird gemeldet:

Die Gefangennahme des Marschalls Tschiangkaiſchek ist am Mittwoch von der Chinesischen Zentral-Regierung in Nanjing mit dem Befehl zum Angriff auf die Stadt Sianfu, den Sitz des Rebellen Generals Tschanghsueliang in der Provinz Schensi, beantwortet worden. Der Befehl über diese Strafexpedition gegen die Weiterer liegt in der Hand des Kriegsministers der Nanjing-Regierung. Auf allen Anmarschstraßen nach Sianfu sind die Regierungstruppen planmäßig vorgerückt. Jetzt haben sie in weitem Umkreis der Stadt, aus der sie ihren Ministerpräsidenten befreien wollen, umstellt. Nach Mitteilungen der Piloten von Militärflugzeugen der Regierung ist es im Osten der Stadt zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Belagerungszustand über Nanjing verhängt.

Über Nanjing ist am Mittwoch der Belagerungszustand verhängt worden, mit dem die üblichen Einschränkungen des Versammlungsrechts, des Verkehrs und die Nachrichtenkontrolle verbunden sind.

Gefängnisstrafen für die „Schwarze Hand“.

Eine sinnlose Organisation zweier geltungsbedürftiger Phantasten.

Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts in Chorzów hat, wie wir schon gestern meldeten, der Prozeß gegen 17 Mitglieder der sogenannten „Schwarzen Hand“ oder „Schwarzen Hand“ stattgefunden, denen der Vorwurf der Geheimbündelei gemacht wurde. Hauptangeklagte waren die Arbeitslosen Badura und Turczyk, nach der Anklage die Leiter und Organisatoren der „Schwarzen Hand“, während den übrigen Angeklagten zur Last gelegt wurde, als gewöhnliche Mitglieder dieser Organisation an der illegalen Tätigkeit beteiligt gewesen zu sein. Nach etwa einstündiger Verhandlung sprach das Gericht sämtliche Angeklagte schuldig und verhängte Strafen von insgesamt fünfzehn Jahren und zwei Monaten Gefängnis. Allen Verurteilten wurde die verbüßte Untersuchungshaft von fünf bis sieben Monaten angerechnet. Außerdem brachte das Gericht den letzten Amnestieerlaß in Anwendung, da das Vergehen der Angeklagten noch vor November 1935 liegt.

Es waren, wie der Oberschlesische Kurier in seinem Prozeßbericht hervorhebt, siebzehn arbeitslose Leute, von denen man nicht einmal genau sagen kann, ob sie Polen oder Deutsche sind, die hier vor Gericht standen. In der Begründung der Anklage, die auf Geheimbündelei lautete, war sogar von umstürzlerischen Zielen die Rede. Die Beweisführung hat zwar Ergebnisse im Sinne der Anklage erbracht, es ist aber für diesen Prozeß bezeichnend, daß der Staatsanwalt selbst in seiner Anklagerede die Hauptangeklagten Badura und Turczyk als Phantasten und deren Handeln als Ausgeburt kranker Hirne charakterisierte. Sie wollten um jeden Preis als „Herden“ gelten und sind durch dieses krankhafte Geltungsbedürfnis auf die Anklagebank gekommen.

Im übrigen ist Badura bekanntlich schon im sogenannten NSDAP-Prozeß angeklagt gewesen und zu fünfjährigen Gefängnis verurteilt worden. Über den zweiten Angeklagten Turczyk ist überhaupt kein Wort zu verlieren, hat er sich doch in der Verhandlung selbst als geisteschwach bezeichnet. Und die übrigen Angeklagten waren — man kann es kaum anders sagen — die Schafe, die den Reithammeln folgten. Auch hier waren es vor allem die selbstverständlich nie erfüllten Versprechungen der beiden Hauptangeklagten, Arbeit zu verschaffen, auf die die Mitangeklagten hereingefallen sind. Die drückende Arbeitslosigkeit war die hauptsächlichste Voraussetzung dafür, daß sich Menschen fanden, die den Unfuh eines Badura und Turczyk mitmachten und dadurch mit den Gesetzen in Konflikt kamen.

Gegen 19 Uhr eröffnete Gerichtsvizepräsident die Verhandlung mit dem Namensaufruf der Angeklagten. Es wurde dann die Anklage verlesen, aus der hervorgeht, daß Badura und Turczyk die „Schwarze Hand“ oder „Schwarze Hand“ gegründet und geleitet hatten, eine Organisation, deren Bestehen, Struktur und Ziele vor den Behörden geheimgehalten werden sollten. Den übrigen Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, dieser Organisation als Mitglieder angehört und damit eine illegale Tätigkeit ausgeübt zu haben.

„Die geeianeten Männer.“

Der Angeklagte Badura, der völlig unschuldig sein will, berief sich bei seiner Vernehmung vor allem auf das polizeiliche Protokoll. Ergänzend fügte er dann hinzu, daß er mit Turczyk eine Organisation haben bilden wollen, deren Ziel die „Ausschließung Dr. Ullrich und Wiesners aus der Minderheitenpolitik“ und die „Zusammenschließung aller Deutschen“ sein sollte. Nachdem sich Badura vom Gerichtsvorsitzenden hatte sagen lassen müssen, daß diese Erklärungen lachhaft seien und er zudem sehr dumm sein müsse, meinte der Angeklagte, daß dieses Ziel nicht zu erreichen gewesen sei und daß er daher die Bildung dieser Organisation aufgegeben habe. Badura widmete auch Adamus einige Worte, der von sich behauptet habe, der einzige geeignete Mann zu sein, den Zusammenschluß aller Deutschen herbeizuführen. (Wozu er vom Deutschen Reich

den Auftrag erhalten haben will!) Aber Badura lehnte den Anbiederungsversuch Adamus' ab und hielt sich selbst für diesen „geeigneten Mann“. Zum Schluß seines Verhörs gab Badura zu Protokoll, daß er von dem Bestehen der „Schwarzen Hand“ nichts gewußt habe, also nicht deren Leiter gewesen sein könne. Die Aussagen dieses Hauptangeklagten bewiesen ganz deutlich, daß Badura sich selbst am wenigsten über die Ziele, die er sich gesteckt hatte, klar war.

„Ich bin geisteschwach!“

Der Angeklagte Turczyk wußte gar nichts zu sagen, er wies auf seine „Geisteschwäche“ hin und gab nicht eine einzige erschöpfende Antwort. Ebenso wußte der dritte Angeklagte Jendroski vom Bestehen der „Schwarzen Hand“, nichts. Ihm war nach seiner Aussage nur bekannt, daß Turczyk, der wegen einer Unterschlagung aus einer deutschen Organisation ausgestoßen worden war, einer anderen Organisation Mitglieder zugeführt hatte. Der Gerichtsvorsitzende machte Jendroski anschließend auf seine vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen aufmerksam, wonach er selbst einen „Treueschwur auf Stier“ geleistet habe und auch davon die Rede gewesen sei, zu gegebener Zeit auf die Kaserne des 75. Infanterieregiments in Chorzów einen Überfall zu machen (!!). Trotzdem blieb der Angeklagte bei seinen Unschuldsbeteuerungen und stellte noch einmal fest, daß er der „Schwarzen Hand“ nicht als Mitglied angehört habe.

Schwarze Handschuhe . . .

Von den übrigen Angeklagten folgten einige dem Beispiel Jendroskis, während andere wieder geständig waren, der „Schwarzen Hand“ als Mitglied angehört und auch einen Treueschwur geleistet zu haben, wobei sie vor allem den Angeklagten Turczyk belasteten. Der Angeklagte Bud erklärte u. a., wie es dazu gekommen sei, daß man die Organisation „Schwarze Hand“ nannte. Badura, so gab er zu Protokoll, habe immer schwarze Handschuhe getragen, weshalb man ihm den Spitznamen „Schwarze Hand“ gab. Einige Angeklagte erklärten, daß sie von der Polizei zu den sie belastenden Aussagen gezwungen worden seien, was später die Kriminalbeamten entschieden im Abrede stellten. Erst in den Nachmittagstunden war das Angeklagtenverhör beendet.

Nach einer Pause wurden

die Zeugen

vernommen. Der Arbeitslose Ignac Janko, der in demselben Haus wie Turczyk wohnt, erklärte, daß seit drei Jahren in der Wohnung Turczyks Leute zusammengekommen seien. Vom Angeklagten Kuzia will er gehört haben, daß Turczyk die „Schwarze Hand“ gegründet hatte. Einen anderen Zeugen soll Badura gefragt haben, ob er in die von ihm in Kürze gegründete Organisation „Schwarze Hand“ eintreten wollte. Auch ein dritter Zeuge hatte von Zusammenkünften bei Turczyk und auch davon gehört, daß Turczyk die „Schwarze Hand“ leitete. „Warum bin ich nicht verhaftet?“

Anschließend wurden mehrere Kriminalbeamte vernommen, die über die Untersuchung gegen die Angeklagten ihre Aussagen machten. Vor Schluß der Beweisführung wurden noch die Aussagen des „Belastungszeugen“ Adamus verlesen. Nach diesen Aussagen soll Turczyk einmal auf der Straße zu Adamus gesagt haben, daß er sich wundere, warum er (Turczyk) denn eigentlich noch nicht verhaftet worden sei. Als Adamus ihn darüber näher befragte, soll Turczyk erklärt haben, daß doch die „Schwarze Hand“ dieselben Ziele verfolgt habe wie die NSDAP. Adamus wies dann häufig auf die angeblichen Verbindungen hin, die zwischen der „Schwarzen Hand“ und der „anderen Seite“ (Beuthen) bestanden hätten. Von Badura will er erfahren haben, daß dieser gegebenenfalls über einen Fonds von 12 000 bis 15 000 Zloty verfügen könne, für den die „andere Seite“ aufkomme. Mit dem Verlesen dieser Aussagen war die Beweisführung abgeschlossen.

Die Anklagerede.

Damit war die Zeugenvernehmung abgeschlossen und Staatsanwalt Dr. Ruczkowski ergriff das Wort zu seinem Plädoyer. Er führte aus, daß die verirrten Sinne der beiden Hauptangeklagten ihre Phantasie ziellos schiefen ließen, als sie die „Schwarze Hand“ gründeten und undurchführbare Pläne gefaßt haben.

Sie hätten geglaubt, durch ihre Handlung dem Deutschen Reich einen Dienst zu erweisen, aber das große Deutschland denke anders darüber. Den Beweis dafür liefere die Ausweisung von zwei auf der Anklagebank sitzenden Personen, die sich ihrer Verantwortung durch die Flucht über die Grenze entziehen wollten.

Polen erkenne die Minderheitsrechte an, doch seien diese von den Angeklagten mißbraucht worden. Den Vorkmitteln von Badura und Turczak sind die 15 Mitangeklagten auf den Leim gegangen. Der Eintritt in diese Geheimorganisation könne jedoch nicht durch die Tatsache entschuldigt werden, daß man ihnen Arbeit versprochen hat. Auch Bürger, die sich zum Polentum bekennen, seien infolge der Weltkrise ohne Beschäftigung. Der Staatsanwalt beantragte dann für die beiden Hauptangeklagten eine besonders strenge Bestrafung.

Die Verteidigung.

Dann ergriff Rechtsanwalt Dr. Urbanowicz das Wort, der von Amts wegen die Angeklagten Kawalek, Nawrath, Kuzia, Buc, Burzgan, Gierok und Zips verteidigte. Der Anwalt führt aus, daß die meisten Angeklagten der Meinung gewesen seien, in den legalen Volksklub aufgenommen worden zu sein.

Auch die Not durch jahrelange Erwerbslosigkeit hat in diesem Prozeß eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

Es sei den Angeklagten nicht bekannt gewesen, welche Ziele Badura und Turczak verfolgt haben. Im übrigen würde sich der polnische Staat ein Anzeichen von Schwäche geben, wenn er durch eine strenge Bestrafung der Angeklagten zum Ausdruck bringen würde, daß er diese aus 17 Mitgliedern bestehende Organisation ernst genommen hat. Die meisten sind unüberlegt dort hineingeraten, ohne sich der Folgen bewußt gewesen zu sein. Dr. Urbanowicz bat für die Angeklagten, die ein Opfer der Phantasie von Badura und Turczak geworden sind, um eine weitestgehende Berücksichtigung mildernder Umstände.

Als das Gericht den Angeklagten

das letzte Wort

erteilt, erhebt sich Badura und nimmt alle Schuld auf sich. Er sagt, daß die anderen tatsächlich nichts von den Zielen der Organisation gewußt hätten. Auch er hatte die feste Absicht, die Organisation anzumelden, doch fehlte es ihm an Geld. Mit den Worten:

„Ich nehme alles auf mich und bitte das Hohe Gericht um ein mildes Urteil“

schloß Badura seine Ausführungen. Auch die anderen Angeklagten ersuchten das Gericht um Anerkennung mildernder Umstände. Nur Kapusta verlangte ein gerechtes Urteil.

Gegen 8 Uhr abends wurde der

Richterpruch

verkündet.

Es erhielten die Angeklagten Badura und Turczak je zwei Jahre Gefängnis, Zendolik, Pukowicz, Kawalek, Nawrath, Kuzia und Buc je ein Jahr Gefängnis, Kapusta, Burzgan, Gierok und Spallek je acht Monate Gefängnis; die übrigen Angeklagten kamen mit je sechs Monaten Gefängnis davon.

Allen Angeklagten wird die Untersuchungshaft angerechnet und außerdem fällt die Hälfte der Strafe unter Amnestie. Die Angeklagten, die zu sechs und acht Monaten Gefängnis verurteilt wurden, haben also das Gefängnis bereits verlassen können. Die zu einem Jahr Verurteilten haben noch etwa einen Monat abzubüßen und nur die beiden Hauptangeklagten müssen noch längere Zeit hinter Gittern zubringen.

In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß das Gericht im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt nicht auf Hochverrat, sondern auf Geheimbünde erkannt habe. Das Gericht hat auch angenommen, daß die Pläne der Organisation keineswegs durchführbar waren. Außerdem hat man den Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt.

Nachklänge zum Manjura-Prozeß.

Im Zusammenhang mit dem sogenannten Manjura-Prozeß gegen 111 Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Bewegung (NSDA) waren der „Oberösterreichische Anzeiger“ in Ratibor und die „Ostdeutsche Morgenpost“ in Weutten wegen gewisser Stellen ihrer Prozeß-Berichte beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme hatte jetzt gerichtliche Nachspiele. Das Burgenländische Appellat verurteilte den für Polen verantwortlichen Schriftleiter des „Oberösterreichischen Anzeiger“ Richard Badura zu drei Monaten Haft ohne Bewährungsfrist und 300 Zloty Geldstrafe. Der Staatsanwalt hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt mit der Begründung, daß die Strafe zu gering sei.

Den für Polen verantwortlichen Schriftleiter der „Ostdeutschen Morgenpost“ verurteilte das Gericht in Rattowitz auf Grund des § 170 St. G. B. zu einer Woche Haft mit Bewährungsfrist und 150 Zloty Geldstrafe. Der Richter betonte in der Urteilsbegründung, der Artikel in der „Ostdeutschen Morgenpost“ habe den Eindruck erwecken sollen, daß die deutsche Minderheit in Polen bedrängt würde. „In keinem Lande erlrene sich jedoch die deutsche Minderheit einer so guten Behandlung wie in der Republik Polen.“

Bundesrat Motta zum Bundespräsidenten gewählt.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Meldung.) Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Donnerstag vormittag mit 157 von 172 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten für das Jahr 1937 den jetzigen Vizepräsidenten und Leiter des politischen Departements Bundesrat Giuseppe Motta gewählt.

Giuseppe Motta, der in der Schweiz besondere Verehrung genießt, wurde damit zum fünften Mal auf den ersten Führerposten gewählt, den die Eidgenossen zu vergeben haben.

Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde mit 153 von 168 gültigen Stimmen der Chef des Justiz- und Polizeidepartements Bundesrat Johannes Baumann gewählt.

Friedensbereitschaft in Barcelona?

Wie aus Barcelona berichtet wird, ist der katalanische „Präsident“ Companys seit einigen Tagen damit beschäftigt, zwischen den streitenden Parteien im eigenen Lager im Interesse der Einigkeit der Regierung Kataloniens zu vermitteln. Zugleich kommt das sensationelle Gerücht, daß Barcelona bereit sein soll, einen separaten Frieden mit der Regierung Francos auf der Grundlage abzuschließen, daß Katalonien ein weitgehendes Maß von Selbständigkeit im Rahmen Spaniens erhält, und daß Franco diese Selbständigkeit anerkennt. Man vermutet in Paris hinter dieser Sinnesänderung den Einfluß Englands, und erwartet, daß sich auch das Kabinett in Barcelona so umgestalten wird, daß es keine Sinderung, sondern Gewähr bietet für eine europäische Verständigung über das spanische Problem. Andererseits sind, wie es heißt, gewisse Anzeichen für eine Entspannung zwischen Franco und der „Regierung“ von Valencia darin zu sehen, daß beide in Vorverhandlungen über den Austausch von Geiseln und nichtkämpfender Bevölkerung einzutreten wünschen. Ein Sonderfriede zwischen Franco und Barcelona würde die Lage der Floten in Valencia wohl unhaltbar machen. Man muß einwillen jedoch eine Befestigung dieser Gerüchte abwarten.

300 katalanische Separatisten von Anarchisten erschossen.

Wie das „Echo de Paris“ meldet, herrscht in Katalonien der rote Terror von Tag zu Tag in immer stärkerem Ausmaß. 300 Anhänger der separatistisch-katalanischen Partei „Estat Catalais“ seien von Mitgliedern der iberischen Anarchistenvereinigung erschossen worden, weil sie angeblich gegen das „neue anarchistische Wirtschaftssystem“ gearbeitet hätten. Unter den Opfern habe sich auch der vor kurzer Zeit auf Veranlassung der Anarchisten von Companys abgesetzte Polizeichef von Barcelona befunden.

Allgemeiner Geiselaustausch in Spanien.

Nach einer Meldung aus London hat General Franco einem allgemeinen Geiselaustausch zugestimmt. Es sollen 2000 baskische Gefangene gegen die gleiche Anzahl nationalistischer Gefangener aus baskischen Händen ausgetauscht werden. Englische Kriegsschiffe werden bereitgestellt, um die Geiseln aufzunehmen. Das Abkommen sieht vor, daß alle Personen unter 18 und über 60 Jahren sowie alle Frauen und Kinder ebenfalls ausgetauscht werden sollen. Die Berichte aus Bilbao besagen, daß die Basken sich an den Papst gewandt haben mit der Bitte, der Papst möchte sich mit General Franco in Verbindung setzen, um einen Waffenstillstand herbeizuführen.

Der Fall Madrids steht unmittelbar bevor.

Die Gefechtsaktivität auf den Einschließungsfronten im Norden und Westen von Madrid war jetzt wieder lebhafter. Es handelte sich um örtliche Vorstöße der nationalen Truppen, die vor allem zur Verbesserung ihrer Stellungen dienten. In den bereits besetzten Außenbezirken von Madrid begünstigten sich die nationalen Truppen mit der Abweisung bolschewistischer Angriffe, die besonders heftig im Universitätsviertel waren. Die Artillerie und die Bombenflieger der nationalen Armee richteten ihr Feuer ausschließlich auf die erkannten Stellungen der Bolschewisten und nicht auf die Stadt selbst, damit die Bevölkerung entsprechend der Aufforderung des nationalen Oberkommandos Zeit zur völligen Räumung Madrids findet. Das Madrider Organ der Bolschewisten „Mundo Obrero“ steht sich zu dem Zugeständnis gezwungen, daß sich im Laufe der letzten Tage die Gefahr für Madrid immer klarer abgezeichnet habe. Der Fall der Stadt könne sogar unmittelbar bevorstehen. Die Armee Francos habe noch niemals einen so starken Druck wie jetzt auf die Hauptstadt ausgeübt.

1000 Verhaftungen in Griechenland.

Aus Athen wird gemeldet:

Die griechische Polizei hat einen ihrer größten Erfolge im Kampf gegen den Kommunismus errungen. Es gelang ihr, das Archiv der kommunistischen Partei, das alle Parteistellen ganz Griechenlands mit Ausnahme von Mazedonien und Thrazien umfaßt, zu beschlagnahmen. Ein Teil dieses Archivs wurde in Athen, der andere Teil in Patras sichergestellt.

Aus dem vorgefundenen Material ergibt sich, daß die Kommunisten in allen Städten Griechenlands und in kleineren Gemeinden und Dörfern Stellen unterhielten. Auch die Namen von Staatsbeamten und einigen militärischen Beamten sind in dem Verzeichnis aufgeführt. Bei letzteren handelt es sich um drei aktive Offiziere, verschiedene Unteroffiziere des Heeres und der Flotte, sowie um Soldaten und Matrosen. Auch ein Geheimcode für den Verkehr der Kommunisten in Griechenland untereinander und ein weiterer Code für die Verständigung mit der Komintern fielen mit vielen anderen Gegenständen in die Hände der Polizei. Eine Liste gibt Aufschluß über die Organisation des politischen Bureaus der verbotenen kommunistischen Partei und enthält die Namen der Mitglieder der Verwaltungskommission der kommunistischen Partei für Griechenland.

Auf Grund des beschlagnahmten Materials wurden in Athen, Patras und anderen Städten bisher viele Verhaftungen, man spricht von rund tausend, vorgenommen. Von den fünf Mitgliedern der Verwaltungskommission wurden bereits drei festgenommen.

Rumäniens Generalstabschef aus Warschau abgereist.

Am Dienstag gegen Mittag hat der Chef des polnischen Generalstabes, General Stachiewicz, in Anwesenheit des rumänischen Generalstabschefs, General Samsonowicz, mehrere rumänische Offiziere mit dem Orden Polonia Restituta geschmückt und sie dann zu einem Glase Wein eingeladen. Nachmittag verließ der rumänische Generalstabschef mit den ihn begleitenden Offizieren die polnische Hauptstadt.

Auf dem mit rumänischen und polnischen Fahnen geschmückten Hauptbahnhof war wieder, wie bei der Ankunft, eine Ehrenkompanie mit Fahne und Orchester angetreten. Der rumänische Gast wurde bei seiner Ankunft von dem Chef des polnischen Generalstabes, General Stachiewicz, und mehreren anderen hohen Offizieren des Stabes und des Kriegsministeriums verabschiedet. Als sich der Zug in Bewegung setzte, spielte das Orchester die rumänische Hymne.

Unterredung mit dem Primas von Spanien.

Der Primas von Spanien und Kardinal Erzbischof von Toledo, der sich zurzeit in Rom aufhält, hat dem „Avvenire d'Italia“ ein Interview gewährt, in dem er nach einem Hinweis auf die unbeschreiblichen Grausamkeiten der Margisten und die Vernichtung unerfährlicher Kunstwerke erklärte, der Sieg General Francos sei von Anfang an sicher gewesen. Die sowjetrussische Hilfe aber verlängere den Krieg und gestalte ihn blutiger. Jedes Haus in Madrid sei ein Waffendepot und eine Festung geworden.

Zum Schluß appellierte der Primas von Spanien an die spanische Bevölkerung mit der Versicherung, daß der Sieg Francos und der Verzicht auf die jede soziale Ordnung zerstörende Doktrin des marxistischen Kommunismus ihr den Weg zur Verwirklichung ihrer berechtigten Ansprüche öffnete.

Portugals Antwort auf den Vermittlungsvorschlag

Das portugiesische Außenministerium hat jetzt den Text seiner Antwortnote auf den englisch-französischen Vermittlungsvorschlag zum Spanierkonflikt veröffentlicht. Portugal erklärt sich danach bereit, mit den anderen Mächten bei der Prüfung der Frage, wie die Vermittlungsaktion ins Werk gesetzt werden könne, zusammenzuarbeiten, falls beide spanische Parteien eine solche Vermittlung wünschten. Die Portugiesische Regierung verweist aber darauf,

daß sie den Vermittlungsversuch nicht nur für zwecklos, sondern sogar für gefährlich halte, da er die Leidenschaften nur noch mehr entfachen müßte. Auch die Beendigung des Kampfes in Spanien ohne den endgültigen Sieg einer Partei halte Portugal für unangebracht, da dadurch der Grund zu einem neuen Übergeleget werden würde, das nicht mehr abzumenden sei. Eine durch Volksabstimmung zu erreichende Vermittlerrolle sei nur durchführbar, wenn der spanische Konflikt als Kampf zweier Gruppen und die Regierungsmacht betrachtet werde und nicht als Kampf zweier Zivilisationen oder der Zivilisation gegen die Barbarei. Auch müsse man zwischen den Gefühlen wahrer Menschlichkeit und sogenannter „Humanitätsduselei“ unterscheiden, die Härten gegen Verbrecher vermeidet und Rechtschaffenheit den Angriffen des Untermenschentums aussetzt.

Die Portugiesische Regierung werde sich aber keine Beschränkungen auferlegen, sich anderen Mächten anzuschließen, um das zugunsten der spanischen Bevölkerung angefangene Hilfswerk zu erweitern. Eine weitere Möglichkeit, Hilfe zu leisten, sehe Portugal in der Beschäftigung der Unterlegenen nach dem Endsieg.

Den Bruder aus den Reihen der Bolschewisten gerettet.

Bei einer Aufklärungsfahrt nationaler Tanks ereignete sich eine unerhoffte Szene: Ein Tank hatte sich, ohne zu feuern, so weit der feindlichen Stellung genähert, daß die einzelnen Personen erkennbar wurden. Plötzlich entdeckte der Fahrer des Tanks unter den Bolschewisten seinen Bruder, von dem er wußte, daß er gezwungen worden war, in die Reihen der Bolschewisten einzutreten. In plötzlicher Eingebung riß er die Tank-Luke auf und rief laut den Vornamen des Bruders. Die Bolschewisten nahmen an, daß der Fahrer überlaufen wollte, und stellten das Feuer ein. Der Bruder erkannte jedoch die Stimme und rannte auf den Tank zu, in den er sofort aufgenommen wurde. Als die Bolschewisten den Vorgang begriffen und ein wütendes Feuer eröffneten, hatte der Tank schon gewendet und die Heimfahrt angetreten.

Die polnischen Rechtsanwälte gegen die Juden.

Auf einer Sitzung in Warschau, an der Vertreter der polnischen Rechtsanwälte aus Krakau, Posen, Warschau, Wilna, Lublin, Lemberg, Rattowitz und Thorn teilnahmen, wurde eine Entschließung angenommen, in der hervorgehoben wird, daß die Zahl der Juden im Rechtsanwaltsberuf im Verhältnis zu der Zahl der jüdischen Bevölkerung in Polen viel zu groß sei. In den drei größten Anwaltskammern in Polen befänden sich die jüdischen Rechtsanwälte bereits in der Mehrzahl. Sämtliche polnischen Rechtsanwälte und Applikanten werden aufgefordert, sich dem Verband der polnischen Rechtsanwälte anzuschließen, um den Rechtsanwaltsberuf in Polen auf der nötigen moralischen und geistigen Höhe zu halten und ihn vor dem fremden Einfluß der Juden zu schützen.

Der Herzog von Windsor nach Polen eingeladen

Die Warschauer Presse behauptet, daß Fürst Zambojki, bei dem seinerzeit auch der ehemalige König von Spanien Alfonso XIII. nach seiner Abdankung zu Besuch gewohnt hat, jetzt an den Herzog von Windsor eine Einladung zum Aufenthalt auf seinen Besitzungen in den Karpathen gerichtet hat. Es sei aber noch nicht bekannt, ob die Einladung angenommen wird.

Die noch immer in Cannes weilende Miß Simpson soll sich, wie die polnische Presse aus Paris zu melden weiß, an die französische Polizei mit der Bitte um Schutz gewandt haben, da sie in den letzten Tagen viele Drohbriefe aus England erhalten habe. Die Absender dieser Briefe machen Frau Simpson schwere Vorwürfe, daß sie den Frieden der englischen Dynastie gestört habe.

Aus anderen Ländern.

Der Führer der Lappo-Bewegung gestorben.

DNB meldet aus Helsinki: Viktor Kosola, der bekannte Führer der von ihm ins Leben gerufenen Lappo-Bewegung, ist plötzlich an den Folgen einer Lungenentzündung in Kirchorf Lappo gestorben. Die Lappo-Bewegung stand im Jahre 1930 auf der Höhe ihres Einflusses, als Kosola an der Spitze von 10 000 Lappo-Männern in Helsinki einzog und den finnischen Reichstag veranlaßte, die kommunistische Partei in Finnland gesetzlich zu verbieten.

Antonessen in Paris.

Der rumänische Außenminister Antonessen ist am Mittwoch von Bukarest aus in Paris eingetroffen. Er wurde vom französischen Außenminister Delbos empfangen. Zu Ehren des rumänischen Außenministers gab Delbos am Mittwoch ein Frühstück am Quai d'Orsay. Im Anschluß daran begannen die politischen Besprechungen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit angedeutet.

Bromberg, 17. Dezember.

Unbeständig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Fortdauer des unbeständigen Wetters mit verbreiteten Niederschlägen und milden Temperaturen an.

Das Land der Kreuze und Gräber.

Am Dienstag abend, dem 15. d. M., hatte die Ortsgruppe Bromberg der Deutschen Vereinigung ihre Mitglieder zur letzten Versammlung in diesem Jahre in Kleinerts großem Saal versammelt, wo ihnen der jüngste Sohn des Leiters der Stanislawer Anstalten und altbewährten Führers der Deutschen in Galizien, D. Theodor Böckler, über die Geschichte und Lage der deutschen Volksgruppe im Vorfeld der Karpaten, im „Lande der Kreuze und Gräber“, Bericht erstattete. Vikar Martin Böckler, der schon jetzt in den Anstalten arbeitet, gab einen Rückblick auf die jüdische Einwanderung, die am Ausgang des 18. Jahrhunderts vornehmlich Pfälzer nach dem damals österreichischen Kronland brachte, denen später Deutsche aus dem Böhmerwald folgten. Er gedachte auch der großen deutschen Einwanderung aus dem Mittelalter, die fast überall im polnischen Volkstum aufgegangen ist, in der Sprachinsel Biala aber noch weiterlebt. Der Vortragende führte uns mit anschaulicher Rede und mit Unterstützung von guten Bildnissen durch die einzelnen deutschen Dörfer seiner Heimat und vermittelte der gespannt zuhörenden Versammlung zuletzt einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des opferreichen Werkes seines Vaters.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Dr. Staemmler, schloß den Abend mit einem warmen Gedanken an die deutschen Brüder in Galizien und mit herzlichen Wünschen für die kommende Festzeit.

In einem großen Nebenraum des Vortragsraumes fand gleichzeitig eine Ausstellung der Handarbeiten statt, die von vielen Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung mit erkanntem Geschick, Eifer und reicher Erfindungsgabe für die Wäscheamtlung der Nothilfe hergestellt waren. Eine deutsche Gemeinschaft hat nur dann einen Sinn und eine Verheißung, wenn sie im Dienst steht. Die letzte Zusammenkunft der Mitglieder der Ortsgruppe Bromberg der Deutschen Vereinigung bewies eindeutig dieses Bekenntnis zum Dienst: durch die Wahl des Vortrags-Themas, das uns nach den Darlegungen von Dr. Sied über Wolhynien einen zweiten entfernt stehenden deutschen Volksteil in Polen näherbrachte, aber auch durch diese Ausstellung, deren Gegenstände mit Liebe hergestellt waren, und deshalb doppelt große Freude in die deutschen Häuser bringen werden, die ihrer bedürfen.

Für einen störungsfreien Empfang

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Aufrufes gebeten:

Angeichts der zahlreichen Klagen der Radiohörer über starke Empfangsstörungen durch verschiedene Maschinen, Installationen und elektrische Einrichtungen fordere ich hiermit alle Besitzer (Eigentümer, Pächter usw.) von Maschinen, Installationen und elektrischen Einrichtungen (Motoren, Umformern, Staubsaugern, Wasch- und Pumpmaschinen, Ventilatoren, Klingelanlagen, Motoren für Lichtreflexen, elektrischen Uhren, Automaten zur Belichtung von Hausfluren, Fahrstühlen, Bohrmaschinen, Friseur-Apparaten, Höhenlampen und anderen elektrischen Medizinal-Apparaten usw.) auf,

alle diese Maschinen und Apparate bis zum 20. Januar 1937 störungsfrei zu machen.

Mit Rücksicht auf die Sicherheit der Installation muß dies mit Hilfe eines besonderen Geräts geschehen — entsprechend den vorliegenden Bestimmungen. Technische Informationen erteilt in dieser Angelegenheit das Stör-Referat des Polnischen Radio in Thorn, ul. Podgórska (Postschloß 125, Tel. 2117).

Erlebnis in Kafel.

Der letzte Abendzug von Friedheim (Miasteczko) nach Bromberg. In einem Abteil dritter Klasse sitzt eine munter plaudernde Gruppe: eine junge Deutsche aus Polen, die gerade von einem kurzen Aufenthalt in Deutschland heimkehrt, ferner ein junger Deutscher aus Bromberg, der von einem dienstlichen Ausflug nach Wirsis heimfährt und in Restal (Diel) in den Zug gestiegen ist, und schließlich ein in Bromberg wohnender Reichsdeutscher, der von einer Geschäftsreise aus Berlin zurückkehrt.

Man merkt es kaum, daß der Zug Kafel erreicht hat. Die drei befinden sich im lebhaften Gedankenaustausch über die letzten Reiseindrücke im Ausland. Aber schließlich freut man sich doch, bald wieder Daheim zu sein — der Zug braucht nur noch eine halbe Stunde. Die junge deutsche Reisefährtin hat allerdings noch einen weiteren Weg, aber sie freut sich darauf, von ihren Angehörigen bereits in Bromberg erwartet zu werden.

Aber — vor die Freude haben die Götter — den Schmerz gesetzt! So hat auch Kafel seine besonderen Überraschungen und Reiseschmerzen. Nicht alle wissen es, und wenn man bergnützig im Zuge sitzt und auf Bromberg wartet, dann glaubt man es dieser schlichten Stadt Kafel an der Neke gar nicht zutrauen zu dürfen, daß hier ein friedlicher Durchreisender Abenteuer erleben kann.

„Paszporty, prosze!“ — wie aus der Erde gestampft steht plötzlich ein Polizist im Eisenbahnabteil. Fahrvision, in Kafel...

Nun, da ist nichts zu machen, vielleicht wird irgendein Schwerverbrecher gesucht, der wieder einmal aus Crone entpflüchtet ist. Vielleicht ist sonst irgend etwas... Da muß man der Polizei, der Hütlerin des Rechts und der Ordnung, heiflich sein.

Der Polizist prüft die Pässe und Ausweise; er reicht dem reichsdeutschen Herrn aus Bromberg den Reisepaß wieder zurück — die aus Deutschland heimkehrende junge Deutsche aber, und der andere Reisefahrer aus Bromberg,

Personen, die die von der Burgstaroste veröffentlichten Anordnungen nicht treffen, werden dazu auf Grund der Verfügung des Staatspräsidenten vom 22. 3. 1928 (Dz. Ust. Nr. 36, Pof. 342) gezwungen werden.

Schließlich sei betont, daß zur Information der Besitzer von Unternehmungen und elektrotechnischen Einrichtungen über die Art der Anbringung von Störstörgeräten in den nächsten Tagen ein Vortrag des Delegierten des Polnischen Radio stattfinden wird.

Der Burgstarost (-) J. Sufki.

§ **Burg- und Kreisstarost Sufki** hat mit dem heutigen Tage einen kurzen Urlaub angetreten und wird von Vizestarost Kobakowski vertreten.

§ **Der Freundinnen-Verein** beging am Montag im Civil-Kasino in feierlicher Weise sein Adventsfest. Eine den Saal dicht füllende Teilnehmerzahl war es, die an dem mit vielen Kerzen und Tannengrün geschmückten Tafeln Platz genommen hatte. Ein von Herrn Beeh stimmungsvoll gespieltes Geigen Solo eröffnete die Vorträge, in deren Mittelpunkt wieder, nach der Begrüßung der Anwesenden durch die 1. Vorsitzende, Frau Kollach, die fesselnd eindrucksvolle Festrede von Superintendent Korman stand. Ein von Frau Kollach mit schöner Stimme gesungenes Weihnachtslied und ein zweites Geigen Solo schlossen diesen Teil der Darbietungen. Als weitere Unterhaltung diente die Vorführung eines kleinen mit Tänzen und Gesang ausgestatteten Weihnachtstückes, betitelt „Ein Traum“. Gemeinsam gesungene Weihnachtslieder bildeten den Schluß der stimmungsvollen Feier.

§ **Ein raffinierter Schwindler** versuchte auf recht eigenartige Weise ein kleines Geschäft zu machen. Er meldete der Polizei, daß er auf dem Schwarzen Weg überfallen und um eine Zoppe mit 4 Zloty Inhalt beraubt worden sei. Gleichzeitig konnte er der Polizei angeben, daß die Zoppe bei einem Altmarenhändler zum Kauf ausginge. Im Laufe der eingeleiteten Untersuchung stellte man nun folgendes fest: Der angeblich Überfallene hat die Zoppe einem Freunde zum Verkauf bei dem Altmarenhändler gegeben. Als die beiden das Geld hatten, ging der ehemalige Besitzer zur Polizei und meldete den „Überfall“, um keine Zoppe wieder zurückzubehalten! Die Polizei hat aber das Spiel durchschaut und den angeblich Überfallenen verhaftet. Es hat sich nämlich unterdessen noch herausgestellt, daß der junge Mann hier kürzlich den Diebstahl eines Fahrrades bei der Polizei anmeldete. Dieses Fahrrad hatte er sich bei einem Freunde in Zempelburg geliehen — es hier zu Geld gemacht und dann bei der Polizei den vorgeschlichen Diebstahl angemeldet!

§ **Ein Feuer** brach am Dienstag gegen 20,15 Uhr in dem Laboratorium des Deutschen Edmund Koller, Schwedenbergstraße (Podgórska) 3 aus. Hier war Holz, das in der Nähe des Ofens lag, in Brand geraten. Die alarmierte Feuerwehr konnte in kurzer Zeit den Brand bekämpfen.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich am Dienstag gegen 3 Uhr nachmittags in der Brückenstraße, wo ein Radfahrer von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden gerissen wurde. Während das Rad schwer beschädigt worden ist, kam der Fahrer mit dem Schrecken davon.

§ **Bei der Arbeit verunglückt** ist der beim Lloyd Bydgoski beschäftigte Schmied Anton Szlagowski. Er erlitt die Verrenkung einer Hand und mußte mit Hilfe des Rettungswagens in das Städtische Krankenhaus geschafft werden.

§ **Aus dem Gerichtssaal.** Für 700 Zloty Därme gestohlen wurden aus dem Städtischen Schlachthof, der Firma A. Dufsenburg gehörend. Im Laufe der von der Polizei eingeleiteten Untersuchung wurden die Fleischergesellen, der 21jährige Edward Malek und der 24jährige Antoni Rummel verhaftet. Die gestohlenen Därme hatten sie teilweise an die Kaufleute Walenty Kasperczak und Pawel Splitt verkauft. Die beiden Diebe hatten sich jetzt vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Mitangeklagt wegen Heisterie sind die beiden Kaufleute. Malek und Rummel befeuern sich zu dem Diebstahl. Die Kaufleute führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie keine Ahnung hatten, daß die Därme aus einem Diebstahl herrührten, zumal die Angeklagten erklärt hatten, daß die Därme ihr Eigentum wären. M. und R. wurden zu je acht Monaten Gefängnis mit vierjährigem Strafausschub, die beiden Mitangeklagten zu je 50 Zloty Geldstrafe verurteilt.

*

werden aufgefordert mit ihrem Gepäck zur Bahnhofswache mitzugehen.

Sicher ein Irrtum, denn schließlich hatte sich der deutsche Herr als Mitglied einer kommunalen Körperschaft mit einer entsprechenden Legitimation ausweisen können. Diese Legitimation hat bisher immer noch ihre Gültigkeit gehabt, sollte gerade die Polizei in Kafel einen solchen Ausweis eines im öffentlichen Leben stehenden Staatsbürgers nicht anerkennen? In Kafel scheint man sich nach anderen Grundfragen zu richten. Es hilft nichts, man muß der Aufforderung der Polizei Folge leisten.

Auf dem Bahnsteig wartet bereits ein zweiter Polizeibeamter — anscheinend also eine schwerwiegende Angelegenheit!

Im Bureau des Stationsvorstehers: zunächst ein eingehendes Verhör über Zweck und Ziel der Reise, über woher und wohin, Aufnahme der Personalien. Die Bitte des vielbeschäftigten Reisenden, die Kontrolle möglichst zu beschleunigen, da man den letzten Abendzug erreichen will, der in wenigen Minuten Kafel in Richtung Bromberg verläßt, findet keine Berücksichtigung. Es folgt eine peinlich genaue Durchsuchung der Koffer und der mitgeführten Gegenstände. Der Zug hat längst den Bahnhof verlassen, es besteht somit keine Möglichkeit mehr, nach Hause zu gelangen, es sei denn mit einer Autotaxe (Preis 25 Zloty). Die junge deutsche Dame wird schließlich einer Leibesrevision unterzogen. Das Büfettfräulein der Bahnhofswirtschaft wird zu diesem Zweck herbeigerufen und muß die Funktion einer zollamtlichen und polizeilich bestellten Beamten ausüben! Es geschieht noch Zeichen und Wunder!

Endergebnis dieser Kontrolle und dieser ganzen unliebsamen Überraschung in Kafel? — Nichts! Die Polizeibeamten stellen lediglich fest, „daß ein Irrtum unterlaufen ist“. — Und um dieses „Irrtums“ willen bleibt den beiden in Kafel zurückgehaltenen Fahrgepäck nichts anderes übrig als ein Auto aus Bromberg kommen zu lassen! Der freundliche Stationsvorsteher vermittelt wenigstens in diesem unangenehmen Dilemma die fernmündliche Verbindung mit Bromberg.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Zur Wiederholung des „Waldmärens“ am Sonnabend, dem 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in der Deutschen Bühne laden herzlich ein Die Kinder der Dreger Schule. Karten zu 25 bis 100 Gr. im Vorverkauf in Johnes Buchhandlung. (8484)

Verein junger Kaufleute. Vereinsabend heute ausnahmsweise im Casino. 8487

v **Argenau** (Gnienkowo), 16. Dezember. Dem Landwirt Bednarski in Bygoda wurden von unbekannten Dieben 29 Hühner gestohlen. Bei dem Gastwirt in Debiniec stahlen Einbrecher sämtliche Waren.

Auf der in Szpital und Wozorze abgehaltenen Treibjagd wurden 88 Hasen geschossen. Jagdkönig wurde mit 9 Hasen der Gastwirt Czuchowlas aus Osniszejewko. — Bei der Treibjagd in Radojewice wurden 91 Hasen erlegt. Jagdkönig mit 11 Hasen wurde Autoschlösser Fritsch aus Inowroclaw.

* **Crone** (Koronowo), 15. Dezember. Die ev. Kirchengemeinde veranstaltete eine Adventsfeier im Saale des Grabina-Waldchens, die besonders durch die ev. Frauenhilfe vorbereitet und durchgeführt wurde. Daneben wirkten Kirchenchor, Jugend und Kinder in Lied, Gedicht und Spiel in schöner Weise mit. Das Spiel der Frauen „Evangelische Müttertschule“ ließ uns aufhorchen und unserer christlichen Verantwortung bewußt werden. Das Spiel der Kinder „Weihnachtswünsche“ weckte viel Frohsinn und Weihnachtsfreude. Die rechte innere Einstellung für die Adventszeit wurde durch die Ansprache des Ortspfarrers wachgerufen. Durch eine gemeinsame Kaffeetafel, zu der reichliche Spenden der Frauenhilfe für die überaus zahlreich erschienenen Gäste eingegangen waren, kam die Verbundenheit auch äußerlich zum Ausdruck. Durch viel Lichterglanz und sinnige Tischdekoration wurde der Adventscharakter entsprechend hervorgehoben. In die Winterhilfe konnte ein größerer Betrag abgeführt werden.

00 **Debenke** (Debiniec), Kreis Wirsis, 16. Dezember. Bei einer Treibjagd, die in Hermannsdorf (Radziej) durch Gutzbefister Nison veranstaltet wurde, wurden von 10 Schützen 19 Hasen zur Strecke gebracht. Jagdkönig mit 5 Hasen wurde Hans Jensek jun. Hermannsdorf. — Auf dem Gute Jablona wurden über 600 Kreaturen erlegt und zwar über 400 Hasen, Fasanen und Kaninchen.

+ **Lobzens** (Lobzenica), 16. Dezember. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte bei Frau Elisabeth von Wisleben in Augustenhof (Augustein) verübt. Gestohlen wurden Schmuckgegenstände im Werte von 2000 Zloty. Bereits einmal in diesem Jahre wurde Frau von Wisleben von Dieben heimgesucht. Wahrscheinlich handelt es sich um dieselbe Bande, die die Einbrüche im Oktober dieses Jahres und vorigen Jahres in Wisleben ausführte. — Auf dem Vorwerk Marienau wurde in derselben Nacht ein Posten Schafwolle gestohlen.

Schon in der Nacht vorher wurden Diebstähle in Wisleben verübt. Dem Obergärtner Hoffmann wurden 28 Hühner gestohlen, bei dem Administrator Brandt wurde ein Bienenstock ausgeräuchert und bei einem Einbruchsdiebstahl bei Szpotek wurde das lichteue Gefinde gestört und vertrieben.

W **Podewik** (Podwidzka), 16. Dezember. Die Scheune des Landwirts Gutkewicz in Prominko ist durch Feuer vernichtet worden.

* **Wirsis** (Wirzyszl), 16. Dezember. Auf der Treibjagd in Szarzen wurden von 15 Schützen 66 Hasen erlegt. Schützenkönige wurden die Herren E. Dittbrenner, Rosmin und W. Mähle, Szarnau, mit je 10 Hasen.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Dezember 1936.

Araau	- 2,58 (- 2,73).	Kawichost	+ 1,52 (+ 1,40).	Warschau	+ 1,16 (+ 1,16).
Bloc	+ 1,03 (+ 1,03).	Thorn	+ 1,16 (+ 1,16).	Fordon	+ 1,10 (+ 1,14).
Culm	+ 1,03 (+ 1,07).	Graudenz	+ 1,20 (+ 1,24).	Kurzbrat	+ 1,32 (+ 1,35).
Pielst	+ 0,68 (+ 0,71).	Dirschau	+ 0,60 (+ 0,70).	Einlage	+ 2,18 (+ 2,20).
Schienenhorst	+ 2,36 (+ 2,28).	(In Klammern die Meldung des Vortages.)			

Chef-Redakteur Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Döppe; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pravaobski; Druck und Verlag von A. Dittmann, T. a. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Das war die Adventsüberraschung von Kafel! Sie ereignete sich am 14. Dezember 1936.

Wir fragen: wenn die Polizei in Ausübung ihrer Pflicht Reisende zur Nachkontrolle aus dem Zug herausholt, um ihrem Dienstauftrag nachzukommen, warum überläßt man dann die von einer solchen unliebsamen Überraschung Betroffenen ihrem Schicksal und kümmert sich den Teufel darum, wie diese Reisenden nach Hause kommen?!

Wenn es der letzte Abendzug ist und keine weitere Möglichkeit mehr zur Heimkehr besteht, dann wäre es ebenso Pflicht (genau so, wie die Polizei ihre Kontrollpflicht ausübt), nach einem solchen „Irrtum“ auch dafür Sorge zu tragen, die Reisenden nach Hause zu bringen und nicht kopfschüttelnd festzustellen: „Ja, das ist nicht mehr unsere Angelegenheit!“ Wenn eine derart einwandfreie Legitimierung wie in diesem Falle vorhanden ist, dann sollte die Hütlerin der Ordnung von Kafel polnischen Staatsbürgern gegenüber wenigstens soviel Rücksicht walten lassen, daß sie ihm unnötig große Ausgaben erspart. Sätten denn die beteiligten Beamten nicht auf der Fahrt nach Bromberg im Zuge ihre Kontrolle ausüben und ihren „Irrtum“ feststellen können, ohne diesen Personen, die sich so einwandfrei ausweisen konnten, unnötige Unkosten zu bereiten? Oder gab es nicht auch in Bromberg eine Polizei, die man für diese negativ verlaufene Untersuchung bemühen konnte?

Und dann: mit welchem Recht wird ein Büfettfräulein der Bahnhofswirtschaft beordert, die Funktionen einer Zoll- und Polizeibeamtin auszuüben?!

Es gibt nicht nur eine untersuchende Beamtenpflicht (der nichts in den Weg gelegt werden soll), es gibt auch eine Pflicht des Beamten, den Staatsbürger nicht aufzuzügel zu lassen und ihn nach solchen „Irrtümern“ nicht als Freiwild seinem Schicksal überlassen. —

Nach einem solchen Erlebnis wird man in Zukunft nur noch mit Herzklopfen durch Kafel fahren...

Pommerellen.

17. Dezember.

Graudenz (Grudziadz)

Ihre diesjährige Hauptversammlung

hielt die „Liebertafel“ bei sehr gutem Besuch im Gemeindehause ab. Der erste Vorsitzende Franz Welke begrüßte die erschienenen aktiven und passiven Mitglieder, machte einige Mitteilungen in Sachen der nächsten Veranstaltungen und überreichte Sangesbruder Alfons Dobrochowski, der, wie im Vorjahre, auch diesmal wieder am erfolgreichsten für den Verein Mitglieder gewonnen hat, aufs neue den 1. St. dafür gestifteten goldenen Ring. Johannes Mielke erstattete darauf den Geschäftsbericht. Er gab darin einen umfassenden Überblick über die Vereinsveranstaltungen des Jahres 1936. Die Mitgliederzahl beträgt 136. Der Bericht gedenkt auch in ehrenden Worten der beiden in diesem Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder Georg Duday und Adolf Kunisch und schließt mit dem Appell, im neuen, dem Dreivierteljahrhundert-Jubiläumsjahr der „Liedertafel“ weiter sich der Pflege des deutschen Liedes in unbeeinträchtigtem Streben und innigster Kameradschaftlichkeit zu widmen.

Der Kassenbericht, den Schatzmeister Goebels gab, erwies, daß die finanziellen Verhältnisse des Vereins durchaus geregelt sind. Die Rechnungsprüfer Emil Romy berichtete, sind Kasse und Belege in bester Ordnung befunden worden. Auf seinen Antrag wurde dem Schatzmeister wie dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt.

Über das Notenmaterial und sonstige Vermögensstücke berichtete Notenbewahrer Gustav Neubert. Besondere Veränderungen sind danach nicht eingetreten. Der Berichterstatter dankte einigen Mitgliedern für die Spende von Vereicherungen des Notenbestandes und bittet schließlich um möglichst schonende Behandlung des gesamten Materials. Das gleiche Vorstandsmitglied berichtete im Anschluß hieran über den Besuch der Übungsstunden. Danach haben vom 1. 10. 35 bis 1. 10. d. J. 62 Übungsstunden stattgefunden, an denen sich durchschnittlich 28 Sänger beteiligten. Die Zahl der singenden Mitglieder ist von 43 auf 48 gestiegen.

Namens des Frauenchors berichtete hierauf Fräulein Reichel. Danach zählt diese Vereinsabteilung 43 Mitglieder. Die Zahl der Übungsstunden betrug 49. Was den Besuch der Übungsstunden anbelangt, so standen Gertrud Koeder im Sopran mit 48 und Martha Neumann im Alt mit 41 an der Spitze.

Nachdem Johann der Schatzmeister den Voranschlag für das neue Jahr gegeben hatte und dieser einstimmig genehmigt worden war, schritt man zum Punkt Wahlen. Es wurden wieder- oder neugewählt: zum ersten Vorsitzenden Franz Welke, zweiter Vorsitzender wurde Wilhelm Friß, erster Schriftführer Gustav Mielke, zweiter Schriftführer Joachim Welke, erster Vergütungswart Max Hein, zweiter Vergütungswart Oswald Schulz, erster Notenbewahrer Gustav Neubert, zweiter Notenbewahrer Wünnich, Geschichtsschreiber Heinz, zu Rechnungsprüfern Emil Romy, Fräulein Reichel und Heinz Wirth.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Anträge, hatte eine lebhafteste Debatte zur Folge. Es lag nämlich ein Antrag von einer Anzahl Mitglieder vor, den bisher 2 Bloty monatlich betragenden Beitrag auf 1,50 Bloty zu ermäßigen. Nach gründlicher Erwägung der Tragweite des Antrages, wobei Stimmen dafür und dagegen zur Sprache kamen, wurde er mit Stimmenmehrheit angenommen. Minderbemittelten Mitgliedern kann, wie das übrigens auch bisher schon geschehen ist, auf ihren Antrag der Beitrag herabgesetzt werden. Ein weiter vorliegender Antrag, der sich auf die Art der Vorstandswahlen bezog, wurde, da überholt, zurückgezogen. Allen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest wünschend, schloß der Vorsitzende danach die Hauptversammlung.

× Städtische Verpachtung. Die Stadtverwaltung will folgende vier Landparzellen bei Franziskowo verpachten: 1. Parzelle Nr. 7 C und F mit 2,66,77 Hektar; 2. Parzelle Nr. 7 G mit 1,21,15 Hektar; 3. Parzelle Nr. 37/15 F mit 1,50,00 Hektar; 4. Parzelle 37/15 G mit 1,50,50 Hektar sowie eine Parzelle mit 1,00,00 Hektar Flächeninhalt an der Lindenstraße (Legjonów) 55. Die Ausschüsse Offerten sind bis zum 22. d. M., 12 Uhr, im Rathaus, Zimmer 318, einzureichen; darauf wird nähere Auskunft erteilt. Freie Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Thorn (Toruń)

v Der Wasserstand der Weichsel ist gegen den Vortag um 4 Zentimeter zurückgegangen und betrug Mittwoch am Thorer Pegel 1,16 Meter über Normal. — Aus Warschau kommend, machte Dampfer „Batory“ im Weichselhafen fest und verließ den Person- und Güterdampfer „Fredro“ sowie Schlepper „Orlica“ mit einer Holzlast auf der Fahrt nach Danzig.

† Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 17. Dezember, abends 7 Uhr, bis Heiligabend, 24. Dezember, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am 4. Adventssonntag, 20. Dezember, hat die „Rats-Apothek“ (Apteka Radziecka), Breitestraße (ul. Szeroka) 27, Fernsprecher 1250.

v Am Goldenen Sonntag, 20. Dezember, werden sämtliche hiesigen Postämter von 9—11 und 16—18 Uhr in allen Abteilungen wie an den Wochentagen tätig sein. Ausnahmen bilden die Aufgabengenerale Nr. 1 auf der Bromberger Vorstadt, die von 9—11 Uhr tätig sein wird, und die Agentur Nr. 2 auf der Jatoßvorstadt, die geschlossen bleibt.

v Neuer Gebührentarif für die Gasabnehmer. Im Sinne des Magistratsbeschlusses vom 3. Dezember 1936 Nr. 978 verpflichten mit dem Abrechnungsmonat Dezember 1936 folgende Gebühren: 3—10 Flammen 0,70, 20 Flammen 1,20, 30 Flammen 2,00, 50—100 Flammen 4,00 Bloty.

v Der Geschäftsraum im Artushof, den bisher das Friseurgeschäft Ebert inne hatte, ist laut Ankündigung der Stadtverwaltung ab 1. Januar 1937 anderweitig zu vermieten. Offerten sind bis zum 24. Dezember d. J. bei der Stadtverwaltung, Rathaus Zimmer 51, einzureichen.

v Sterblichkeitsstatistik. Im Monat November d. J. starben in Thorn 88 Personen, darunter 36 ledige, 40 verheiratete, 10 verwitwete und 2 geschiedene. In 15 Fällen waren Herzkrankheiten die Todesursache, in je 8 Fällen Lungen- und Tuberkulose, Krebs sowie andere unheilbare Krankheiten und Lungenentzündung, und 9 Personen starben an Altersschwäche.

† Unfalltod. Der von der Kriminalpolizei in Thorn geführte 37-jährige Jan Kozłowski führte Dienstag abend gegen 8 Uhr beim Überklettern einer Mauer gegenüber der Schloßmühle in der Schloßstraße (ul. Październicza) ab und zog sich einen Beinbruch zu. Er wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert. — Dienstag abend gegen 11 Uhr wurde zwischen den Stationen Balkau und Dittloschin der in Stewen wohnhafte 29 Jahre alte Antoni Blonka durch den Güterzug Nr. 485 überfahren, wobei ihm das linke Bein unterhalb des Knies abgetrennt wurde. Der Schwerverletzte, der als Rohrlendler bekannt ist, ist höchstwahrscheinlich bei Ausführung eines neuen Diebstahls vom fahrenden Zuge abgestürzt. Er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

† Ein Betrug, drei Fälle unrechtmäßiger Aneignung und sechs kleinere Diebstähle, die bis auf einen schnell aufgeklärt werden konnten, verzeichnet der letzte Polizeibericht. Außerdem wurden eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften, zwei Verstöße gegen die Bestimmungen der Wegeordnung und ein Fall illegalen Hausierhandels zu Protokoll genommen. — Der Festnahme verfielen ein diebstahlverdächtige Person, eine zwecks Feststellung der Identität und eine wegen Bettelerei.

v Betrügern zum Opfer gefallen ist kürzlich der Waldauerstraße (ul. Waldowka) 88 wohnhafte Bernard Mrozowski. Dieser machte in der Culmerstraße (ul. Chelminska) die Bekanntheit von zwei unbekanntenen Personen, die ihn zunächst zu einer Verleugung bei dem Spektator Kulwicki in der Voderstraße (ul. Lazienna), und dann an die Weichsel führten, wo sie ihm mit Hilfe des sog. Päckchenschwindels 220 Bloty abknöpfen.

v Banditen vor Gericht. Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts in Thorn kam kürzlich die Sache der mehrfach vorbestraften Einbrecher Antoni Koczur, Roman Ciarkowski und Hieronim Kilanowski zur Verhandlung, denen die Anklage vorwirft, daß sie in der Zeit von April bis August d. J., als organisierte Bande im Bereich des Kreises Briesen (Wąbrzeźno) grassierend, eine ganze Reihe Raubüberfälle verübt haben. Gleichzeitig wird Kilanowski beschuldigt, bei der Aufbewahrung der Beute behilflich gewesen zu sein und den Waldwärtern Dobracki und Kózdziński, als sie durch diese im Wald festgenommen wurden, mit Erbschießen gedroht zu haben. Die Beute der Bandenmitglieder bestand zum größten Teil aus Schmuckstücken, Anzügen, Wäsche, Fahrrädern usw. und belief sich ihr Wert auf einige Tausend Bloty. Diese Sachen versteckten sie in einem in den Wäldern der Forsterei Makrylas angelegten Unterschlupf, der bei der zufälligen Festnahme des Angeklagten Kilanowski am 11. August durch die Waldwärtler entdeckt werden konnte. — In der Verhandlung stritten sämtliche Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Handlungen ab. Koczur und Ciarkowski wollen während der Sommermonate sich mit Hausier- und Jahrmartshandel beschäftigt haben. Ciarkowski will Kilanowski nicht gekannt und ihn auch nicht zu dem Versteck im Walde geführt haben. Trotz dieser Ausflüchte hielt das Gericht auf Grund der bei den Angeklagten sowie in dem Waldversteck gefundenen Sachen, die die Geschädigten als ihr Eigentum wiedererkannten, wie auch auf Grund der Aussagen der Zeugin Amanda Zampel, die die beiden Täter des Raubüberfalls auf ihre Wohnung mit voller Bestimmtheit wiedererkannte, die Angeklagten der Straftaten für überführt und verurteilte Koczur und Ciarkowski zu je 4 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, den dritten Angeklagten Kilanowski als Mittäter zu 1 Jahr Gefängnis.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die „Aokkappchen“-Aufführungen der D. B. L. finden am 26. Dez., pünktlich 7 Uhr abends, und am 27. Dez., pünktlich 4 Uhr nachmittags, statt. In beiden Aufführungen für Kinder halbe Preise. desgl. sind Mitgliedskarten gültig. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zutrittskommende während des Spiels keinen Einlaß finden. (8431 **)

Roniß (Chojnice)

tz Auf einer Versammlung des katholischen Gesellenvereins sprach Dr. Machowiński über das Thema „Bazillustrantheiten“.

tz Gestohlen wurden der Uhrmachere Witwe Lougear aus der Privatwohnung wertvolle Schmuckstücke. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

tz Wegen Fahrraddiebstahls wurde Viktor Wojciechowski aus Schönbrodt zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

tz Wegen unerlaubter Briefstabenzucht wurden 12 Personen zur Bestrafung notiert. Die Tauben wurden beschlagnahmt.

t Culmsee (Chelmza), 16. Dezember. Die Rekrutierungsliste des Jahrgangs 1916 liegt auf Zimmer 18 des Rathauses von heute bis zum 30. d. M. zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

* Dirshan (Tczew), 16. Dezember. Die polizeilichen Ermittlungen betr. den Scheunenbrand bei dem Landwirt Paul Rickbusch in Subkow hiesigen Kreises vor etwa Monatsfrist zeitigten folgendes Ergebnis: Der von K. als Wächter für das Grundstück und die Kartoffelmieten angestellte Fr. Strzeczewski hatte sich an den kritischen Abend eine Zigarette angezündet und sich dann in der Scheune aufs Stroh niedergelegt, wo er eingeschlafen sein muß. Durch die weiterglühende Zigarette wurde zuerst der Anzug des S. und dann das Stroh in Brand gesetzt. Infolge der starken Rauchentwicklung hat S. schnell das Bewußtsein verloren, so daß er nicht mehr den Ausgang gewinnen konnte und in der Scheune lebendigen Leibes verbrannt ist.

Thorn.

Christbaum schmuck Parfümerien und Geschenkartikel in großer Auswahl empfiehlt billigst

Hurtownia Jan Kapczyński Szeroka 35 1371

Für 1937!

Kosmos-Termin-Kalender Landwirtschaftlicher Taschenkalender für Polen jetzt nur 3,50 zł

Deutscher Keimkatalog in Polen (Lesekalender)

Termin-, Taschen- und Portemonnaie-Kalender

Justus Wallis, Toruń, ul. Szeroka 34 8454 Gegründet 1853

Haus- und Küchen-Geräte

Falarski i Radaike Nowy Rynek 70 Toruń Tel. 2461

Hebamme erteilt Rat nimmt Bestellungen entgegen. Sauberkeit u. sorgf. Behandl. Friedrich, Toruń, sw. Jakobstraße 15. Tel. 2201. 8345

Buppen und Spielfachen repariert sachgemäß Zeglarska 13, 1 Tr. 8239

Polsterarbeiten führt aut u. sehr billig aus, dabei sind neue Chaielongue 8237 gut gearbeitet, billig zu verkaufen. Bettinger, Tapezierer, Prosta 2.

Ab heute ermäßigte Preise! Glas, Fayence, Porzellan, Email-, Aluminium- und eis. Kochtöpfe, Stein- tische, Email- und Zink-eimer, Waschkessel, Küchengeräte empfiehlt E. Szymański. Toruń, Stary Rynek 11 vis-à-vis evgl. Kirche. Filiale: 8489 Chelmza, Rynek 2. Ordentliches, fleißiges Mädchen v. Lande m. gut. Zeugn., sucht v. Hof. od. l. i. Stellung i. Stadthaus, Ang. unt. G 2575 an Ann.-Expd. Wallis, Toruń erb. 8470

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. Dezember 1936 (4. Advent). * bedeutet anschließende Abendmahlstieren.

Podoria. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst. Am 24. 12. abends 7 Uhr Christfeier. Am 6. 12. vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Nessau. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst und Adventsfeier. Am 26. 12. vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Rudat. Am 26. 12. 36 3 Uhr nachm. Gottesdienst und Kinderfeier.

Ottloschin. Am 25. 12. vormittags 9 Uhr Gottesdienst.

Sachsenbrunn. Am 25. 12. vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

Grabowitz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Kinder-gottesdienst. Am 26. 12. (2. Weihnachtstag) vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

Am 27. 12. (S. n. Weihn. vorm. 9 Uhr Weihnachts-kindergottesdienst.

Leibisch. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst mit Kinder-gottesdienst. Am : 6. 12. (2. Weihnachtstag) vorm. 1/9 Uhr Gottesdienst.

Gostau. Am 24. 12. (Heilig-Abend) nachm 4 Uhr Weihnachtsfeier. Am 5. 12. vorm. 1/9 Uhr Gottesdienst.

Rocau. Am 25. 12. 36 1. Weihnachtstag vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

Culmsee. Vormittags 10 Uhr Gottesdienst.

Gramsch. Am 24. 12. (Heilig-Abend) abends 6 Uhr Weihnachtsfeier. Am 25. 12. (1. Weihnachtstag) vorm. 11 Uhr Gottesdienst. Am 27. 12. 36 (S. n. Weihn. vorm. 11 Uhr Weihnachts-Kinder-gottesdienst.

Groß Bösendorf. Vorm. 10 Uhr Haupt-Gottesdienst, vorm. 11/1 Uhr Kinder-gottesdienst, vorm. 12/1 Uhr Gebührentermin- und Amtshandlungen. Am 24. Dezember (Heiliger Abend) nachm. 5 Uhr Weihnachtsfeier. Am 25. Dez. (1. Weihnachtsfeier) vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst.

Am 26. Dezember (2. Weihnachtstag) vorm. 10 Uhr Gottesdienst in Ben-fau, nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier des Kinder-gottesdienstes. Am 27. Dezember (Sonntag nach Weihnachten) nachm. 2 Uhr Versammlung der Jugend

Neubrunn. Am 24. De- ze ber (Heiliger Abend) nachm. 4/1 Uhr Christi-nachtsfeier. Am 27. De- zember Sonntag n. Weihnachten vorm. 10 Uhr Gottesdienst, vorm. 11/1 Uhr Kindergottesdienst.

Tuchel. Vorm. 9 Uhr 4. Adventsgebiet.

Kenau. Vorm. 11 Uhr 4. Adventsgebiet.

WARNUNG!

Um den Weltruf der Palmolive-Seife auszunutzen, sind vor einiger Zeit Nachahmungen dieser bekannten Seife im Handel erschienen. Wir bringen den sehr geehrten Konsumenten zur Kenntnis, daß die Original-Palmolive-Seife nur aus Oliven- und Palmöl hergestellt wird, die nach einem bestimmten Spezialrezept gemischt werden, welches unser Geheimnis darstellt und nirgends ohne Verpackung zu haben ist, sondern sie wird stets in der grünen Umhüllung mit einem schwarzen Band und goldenem Aufdruck:

PALMOLIVE

Schutzmarke

zum Verkauf gebracht.

Nur so verpackte und bezeichnete Seife ist Original-Palmolive-Seife. Wir bitten daher unsere Konsumenten im eigenen Interesse, besondere Aufmerksamkeit beim Einkauf auf die oben angegebenen charakteristischen Merkmale der Original-Palmolive-Seife zu richten, denn nur diese garantieren stets die vorzügliche Qualität unserer Seife.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Konsumenten nach Kenntnisnahme des Inhalts dieser Warnung stets nur Original-Palmolive-Seife verlangen werden, die durch keine Nachahmung, oder durch sogenannte „bessere“ Seife ersetzt werden kann.

Um die Resultate zu erzielen, die der ständige Gebrauch der Palmolive-Seife mit sich bringt, muß man auch nur die Original-Palmolive-Seife benutzen.

Achten Sie daher sorgfältig darauf, daß Sie nur Original-Palmolive-Seife erhalten. Die original natürliche grüne Farbe der Palmolive-Seife entsteht durch das Oliven- und Palmöl, Palmolive-Seife ist niemals künstlich oder mit Hilfe irgendwelcher anderen Farbstoffe gefärbt.

Der neue Winter-Fahrplan

Posen - Pommerellen Preis nur 0,80 Bloty. Beriad nach außerhalb gegen Boreimendung von 1,00 Bloty.

Justus Wallis, Toruń Szeroka 34 Papierhandlung Telefon 1469.

Für die Festgrüße

Weihnachts- u. Neujahrskarten Größte Auswahl.

Justus Wallis Papierhandlung Schreibwaren Toruń, ul. Szeroka Nr. 34.

Br Gdingen (Gdynia), 16. Dezember. Wegen betrügerischen Glücksspiels wurden Heinrich Lewandowski und Bronislaw German aus Adlershorst auf dem Gdingener Gemüsemarkt verhaftet.

Br Gdingen (Gdynia), 15. Dezember. Da die alte Ghansee Gdingen bis zur Freistaatsgrenze zu schmal ist, um dem Verkehr zu genügen, ist beschlossen worden, eine neue Autofraße für diese Strecke zu erbauen. Diese Straße soll zwei Fahrbahnen erhalten und an beiden Seiten von Fußgängerwegen eingefäumt werden. Die Gdingener Behörde hat bereits den Auftrag erhalten mit den Grundeigentümern zum Zwecke der Enteignung in Verbindung zu treten.

Die Stadtverwaltung wird in Adlershorst (Orlowo) eine nenzeltlich eingerichtete Badeanstalt erbauen.

h Soldau (Działowo), 16. Dezember. Eine Falschmünzergesellschaft hatte sich vor dem hier tagenden Bezirksgericht zu verantworten. Auf der Anklagebank saßen: der Schlosser Boleslaw Kochna von hier, Schlosser Richard Sobieski aus Hohendorf (Wysoka), dessen Vater Marian und Bruder Paul wohnhaft in Niesztaj, Leon Wiergoncki in Kraszewo, Franz Debski in Kraszewo, Bernward und Beokabia Demaski in Wysoka. Die Angeklagten wurden beschuldigt, in den Jahren 1935 und 36 falsche Münzen hergestellt und in Verkehr gebracht zu haben. Zur Verhandlung waren 24 Zeugen geladen. Bei einer von der Polizei in der Werkstätte des Schlossers Kochna durchgeführten Revision fand man Werkzeuge zum Herstellen von Münzen. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Kochna wegen Falschmünzerei und Inkurserkung dieser Münzen 2 1/2 Jahre Gefängnis; Richard Sobieski 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; Fr. Debski wegen Vertrieb von Falschgeld 6 Monate Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

w Soldau (Działowo), 16. Dezember. Der Antrieb auf dem letzten Vieh- und Pferdemarkt war nicht groß. Die Preise für gute Milch- und hochtragende Kühe beliefen sich auf 200-250 Zloty, bei mittleren Milchkühen auf 150-190 Zloty. Zwei- bis dreijährige Färsen brachten 100-150 Zloty. Mastvieh kostete 22-30 Zloty pro Zentner Lebendgewicht. Es wurden jedoch wenige Umsätze getätigt. Auf dem Pferdemarkt wurde gar nicht gehandelt.

Einbrecher stahlen in der Nacht zum Sonntag der Witwe Maria Kraszewska in Borken bei Lautenburg aus dem verschlossenen Stall ein Mastschwein im Gewicht von über 2 Zentnern.

g Stargard (Starogard), 15. Dezember. Am vergangenen Sonntag wurde in der Sredniastraße 12 ein dreierter Raubüberfall verübt. In die Tür des 70 Jahre alten alleinstehenden Renteneempfängers Wierzbak klopfen zwei unbekannte Männer. Auf die Frage des Wohnungsinhabers antwortete einer: „Nach auf, Franzel, dein Bruder ist gekommen.“ Als die Tür geöffnet wurde, stürzten sich die Eindringlinge auf den alten Mann und fesselten ihn. Nachdem sie die im Strohsack versteckte Barschaft in Höhe von 500 Zloty an sich genommen hatten, verschwand er, ohne daß jemand der Hauseinwohner auf den Überfall aufmerksam geworden wäre. Erst nach längerer Zeit konnte sich der alte Mann frei machen und die Nachbarn alarmieren. Die von dem Überfall in Kenntnis gesetzte Polizei konnte bis jetzt die Täter nicht ermitteln.

V Bandenburg (Wiechork), 16. Dezember. Der am Dienstag hier abgehaltene Weihnachtsmarkt war gut besucht. Von den auf dem Viehmarkt aufgetriebenen Pferden fanden gute junge Pferde mit 350-450 Zloty im Handel. Für mittlere Pferde wurden 200-300 Zloty gezahlt. Junge hochtragende Milchkühe preisten je nach Qualität von 200-270 Zloty, ältere Milchkühe kosteten 130-180 Zloty.

Vom 15. d. M. verkehren die Züge vom hiesigen Bahnhof wie folgt: In Richtung Nalok um 5.43, 9.45, 12.48, 15.32 und 19.26 Uhr; in Richtung Konitz um 6.12, 8.06, 12.50, 16.32 und 21.53 Uhr; in Richtung Terespol um 9.50, 16.40 und 22.06 Uhr; in Richtung Dorotheenhof um 6.15, 13.00 und 19.40 Uhr.

Es ist auf Erden keine Nacht,
die nicht noch ihren Schimmer hätte,
so groß ist keines Anglücks Macht,
ein Blümlein hängt an seiner Kette.
Ist nur das Herz vom rechten Schlag,
so baut es sich ein Sternenhäus
und schafft die Nacht zu hellem Tag,
wo sonst nur Asche, Schutt und Graus.
Alter Hauspruch.

Ribbentrop über die Fragen der internationalen Politik

Aus London wird gemeldet:
In Ehren des deutschen Botschafters von Ribbentrop veranstaltete die Anglo-German Fellowship am Dienstagabend im Grosvenor-Hotel unter dem Vorsitz von Lord Mount Temple einen großen Empfang, an dem etwa 700 Personen teilnahmen. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche führende Persönlichkeiten der Politik und der Wirtschaft.

Nach dem Trinkspruch auf den König von England und den Führer und Reichskanzler hielt der frühere Luftfahrtminister

Lord Londonderry

eine Rede über die internationalen Beziehungen. Er erklärte, daß im Interesse des Friedens völlig neue Wege beschritten werden müßten und schlug zu diesem Zweck die

Einberufung einer Versammlung der großen Männer der heutigen Welt

vor. In Europa könne ein Anfang gemacht werden mit einer Zusammenkunft der führenden Persönlichkeiten Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs. Er habe, so fährt Lord Londonderry fort, Sowjetrußland absichtlich ausgelassen, das sich die Unterminierung aller der Einrichtungen in anderen Ländern zum Ziel gesetzt habe, die nach Ansicht dieser Staaten ihre eigene Stabilität verbirgt. (Beifall.)

Heute erlebe die Welt ein Rüstungswettrennen, das nur ein Ergebnis haben könne. Die Staatsmänner der Welt müßten dafür sorgen, daß der Krieg eine Unmöglichkeit werde und der Friede die Welt beherrsche. Die Gefahr liege darin, daß der Friedenswille eines Tages von den kriegerischen Vorbereitungen, die heute im Gange seien, überannt werde. Es werde die Zeit kommen, da alle Nationen stark seien, und er sei nicht imstande, für diese große Nation irgend ein anderes Ventil zu sehen als im Kriege. Es liege an den Menschen, den Ausblick zum Kriege schlenkig zu zerreißen und den herrlicheren Ausblick zum Frieden zu öffnen.

Nach der mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Rede Lord Londonderrys erhob sich

Botschafter von Ribbentrop

um in einer vielfach von lauter Zustimmung unterbrochenen Ansprache wichtige Darlegungen zu den grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik zu machen. Der Botschafter führte u. a. folgendes aus:

Es ist jetzt zwei Jahre her, daß die Anglo-Germanische Gesellschaft in London und ihre Schwesterorganisation, die Deutsch-Englische Gesellschaft in Berlin, ihre Tore für alle die Engländer und Deutschen aufgemacht habe, die daran glauben, daß ein besseres Verstehen und gute Beziehungen zwischen unseren großen Völkern zur Stabilität des Friedens und für das Wohlergehen der Welt lebensnotwendig sind.

Das Ziel unserer beiden Gesellschaften besteht darin, fern von der Politik des Tages ein besseres Verstehen zwischen Großbritannien und Deutschland herbeizuführen. Es ist ihr Bestreben, einen engeren Kontakt zwischen den führenden Männern des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der beiden Länder zu schaffen, um eine dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden verwandten Völkern herbeizuführen.

Eine Zweigstelle der Berliner Gesellschaft ist vor einiger Zeit in Hamburg eröffnet worden und eine weitere Zweigstelle wird in Kürze in einer der größten Städte Süddeutschlands gegründet werden. Hunderte von Engländern haben Deutschland durch Vermittlung der Deutsch-Englischen Gesellschaft kennengelernt, und ich weiß, daß auch viele Deutsche durch die Vermittlung der Anglo-Germani-

schen Gesellschaft sich in England wohlfühlten haben. Erst heute erhielt ich die Mitteilung, daß ein führendes Mitglied der Hamburger Zweigstelle der Gesellschaft eine Anzahl von Stipendiaten für britische Studenten zur Verfügung gestellt hat. Es ist mir ein Vergnügen, Ihnen heute mitzuteilen, daß wir von jetzt an jedes Jahr in der Lage sein werden, vier britische Studenten zum Studium an die Universitäten von Hamburg und Berlin einzuladen. Der Zweck dieser Unterstützung ist, die kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu fördern und zu vertiefen.

Im Kreise der Freunde möchte ich noch ein oder zwei Worte über die

deutsch-englischen Beziehungen

der Vergangenheit sagen und über ihre weitere Gestaltung in der Zukunft. Ein offenes Wort ist zur Klärung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern notwendig.

Ich glaube, daß wir alle aus Fehlern lernen sollten. Es scheint mir daher angebracht, wenn ich die heute hier Anwesenden daran erinnere, daß Deutschland durch seinen Führer und Reichskanzler der Welt wiederholt Angebote, die möglicherweise zu einem dauernden Frieden und einer allgemeinen Vermittlung hätten führen können, gemacht hat. Diese Angebote fanden keinen Widerhall. Aber es ist sicher, und das mag ich feststellen: Deutschland war entschlossen, die diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, die kein großes Volk auf die Dauer ertragen haben würde, zu beseitigen. Um dieses Ziel durch Vereinbarungen zu erreichen, hat der Führer und Reichskanzler seine Angebote an die Welt gemacht. Aber in einer Welt, die noch immer blind und in einer Mentalität befangen war, die wir als den „Geist von Versailles“ kannten, blieben diese unbeantwortet. Es ist tief bedauerlich, heute feststellen zu müssen, daß von all diesen Angeboten zur Abrüstung, zur Rüstungsbegegnung, zum Abschluß von Nichtangriffspakten, von Garantiepakten und anderen Friedensgarantien, die in diesen vier Jahren vorgeschlagen wurden, nur wenige Erfolge hatten. Wenn schließlich doch eine Frage wenigstens geregelt werden könnte, und wenn auf dem dunklen und stürmisch bewegten Meer diplomatischer Betriebsamkeit wenigstens ein Schiff den Hafen erreicht hat, so ist dies auf den traditionellen britischen Weltbild in Fragen der Lottenfragen zurückzuführen, den der Führer und Reichskanzler teilte. Ich spreche, wie Sie sehen, von dem deutsch-englischen Lottenabkommen, das im Juni letzten Jahres abgeschlossen wurde.

Dieses erste wesentliche Übereinkommen zu einer Begrenzung der Rüstungen erweckte große Hoffnungen auf weitere Schritte in der Richtung, ob eine Gesamtregelung der europäischen Probleme möglich sein würde.

Um diese Zeit jedoch fand eine unterirdische Macht, die unser Führer in Deutschland ausgemergelt hatte, erneut Eingang in Europa.

Es machte sich bald bemerkbar, daß ihr förrender Einfluß und ihre destruktive Lehre eine Konsolidierung Europas verhindern mußte.

Deutschland hat nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten irgend eines Landes einzumischen, im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß jeder nach seiner Fassung selbigen werden soll. Da wir es hier aber mit einer internationalen Organisation, nämlich der Komintern, zu tun haben, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Ordnung und die jedem Lande eigenen nationalen Überlieferungen zu zerstören, mag ein Wort hierüber nicht unangebracht sein.

Ich will nur folgendes feststellen: Jene Lehre der Komintern hat Deutschland einmal an den Rand des Abgrundes gebracht. Selbstverständlich hat jedes Land seine eigene Art, mit dieser Sache, sobald sie auftritt, fertig

zu werden. Ich kann hier nur aus vollem Herzen unserem Wunsch Ausdruck geben, daß kein anderes Volk dieser Welt die gleichen Erfahrungen wie wir machen möge. Jedenfalls sollten die Völker auf der Hut sein, und ich bin davon überzeugt, daß die Welt erst dann zur Ordnung und friedlichen Entwicklung zurückkehren kann, wenn diese destruktiven Ideen verschwinden sind.

Aber die Unruhe der Gegenwart ist noch auf andere Gründe zurückzuführen, und diese sind wirtschaftlicher Natur. Als in diesem Jahre bedauerlicherweise klar wurde, daß die Aussichten auf eine halbige politische Lösung nicht günstig würden, d. h. also, daß auch wirtschaftliche Vereinbarungen in weitem Felde lagen, stellte der Führer den Vierjahresplan auf, um durch ihn den Lebensstandard seines Volkes zu heben.

Das deutsche Volk muß leben und wird leben, und der Führer war — um die lebenswichtigen Bedürfnisse seines Volkes zu befriedigen — nicht gewillt, auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu warten, der unter Umständen aus möglichen imaginären Vereinbarungen mit der Außenwelt hätte resultieren können. Er konnte ferner nicht warten, bis Deutschland wieder im Besitz des Nutzens aus seinen Kolonialansprüchen sein würde, für die, wie ich aufrichtig hoffe, eine Lösung bald gefunden werden möge. Der Führer und Reichskanzler, dessen erster und letzter Gedanke am Tage dem Wohlergehen des deutschen Arbeiters gilt, mußte handeln, und er hat gehandelt. Sie sehen heute die gesamte Deutsche Nation in begeisterter Mitarbeit am Vierjahresplan.

Aber eines möchte ich feststellen, ja, ich möchte dies sogar besonders unterstreichen: Deutschland wünscht keineswegs vollständige Autarkie. Sie werden nun fragen: Was will denn Deutschland? Die Antwort lautet:

Deutschland will wieder ein Volk sein, das seiner Tagesarbeit ohne ständige wirtschaftliche Sorge nachgehen kann. Der Vierjahresplan ist ein Schritt in dieser Richtung.

Aber der Führer sieht nach wie vor in dem Besitz der Kolonien für die Versorgung mit Rohstoffen einerseits und in dem Weltmarkt andererseits die beiden wichtigsten Faktoren für die Erhaltung und Steigerung des Lebensstandards des deutschen Volkes.

Eine vernünftige Lösung der Kolonialfrage ist daher äußerst erwünscht und liegt meiner Auffassung nach, auf lange Sicht gesehen, in unser aller Interesse.

In der gegenwärtigen Welt der Besitzenden und der Besitzlosen ist ein freier Gütertausch notwendig denn je, damit der Lebensstandard der Länder mit der gleichen Zivilisation auf ein einigermaßen gleichmäßiges Niveau gebracht wird. Ein solcher Ausgleich ist meiner Ansicht nach mehr als irgend eine Maßnahme geeignet, jene Zufriedenheit zu schaffen, die die beste Garantie für den Weltfrieden und den Wohlstand ist. Und in der Tat, ich glaube, daß dies die beste Lösung ist!

Ich bin nun aber der Auffassung, daß die bisher veräumten Gelegenheiten der Vergangenheit niemanden von uns entnutzen sollten, weiter auf dem Wege zu schreiben, der aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführt. Das gilt ganz besonders auch für das Gebiet der Politik. Der Weg, der hier zu gehen ist, ist noch weit. Viele Hindernisse müssen noch überwunden werden. Deutschland hat sich nach seinem Wiedereintritt in den Kreis der Großmächte daran gewöhnt, auf eigenen Füßen zu stehen. Es wird niemals jemandem gestattet, die Sicherheit seines Volkes zu bedrohen. Aber unabhängig und im Vertrauen auf seine Stärke ist es heute nach wie vor bereit, auf gleichem Fuß mit den anderen Nationen, an der Herstellung eines dauerhaften Friedens in der Welt mitzuarbeiten.

Deutschland und England haben in ihrer langen Geschichte nur einen Streit gehabt. Dieser Krieg war ein furchtlicher und tragischer Fehler, der sich niemals wiederholen darf. Keiner würde dabei gewinnen können. Wir alle wissen heute, daß ein zweiter Konflikt zwischen unseren beiden großen Völkern, ein anderer Weltkrieg nichts anderes als die Weltrevolution, den Bolschewismus und die Zerstörung alles dessen bedeuten würde, was uns seit Generationen teuer ist.

Graudenz.

Ausstellung

„Weihnachtstisch der Landfrau“
Am Dienstag, dem 22. Dezember, nachm. 3 Uhr, im „Goldenen Löwen“
Kaffeetafel
Hausfrauen-Verein.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. Dezember 1936 (4. Advent).
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrergottesdienst, um 3 Uhr Diebstahl, vorm. 11 1/2 Uhr Kinder-Gottesdienst, Sonntag abends 8 Uhr Jungmädcheneverein. Dienstag abends 8 Uhr Posaunenchor. Mittwoch nachm. 5 Uhr 4. Advents-Andacht. Donnerstag (Heil Abend) abends 6 Uhr Pf. Gütler. 1. Weihnachtstag 6 Uhr Gottesdienst, Pf. Gütler, vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pf. Diebstahl, nachm. 3 Uhr Kinder-Gottesdienst. Am 2. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarr-Gütler. Sonntag den 27. Dezember vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pf. Diebstahl Einführung der neu- und wiedergeborenen Kirchen- und Vertreter, nachm. 2 Uhr Taufstimmungsgottesdienst.	Motran. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst, um 3 Uhr nachm. Weihnachtsfeier in Posaunen. Heil. Abend nachm. 5 Uhr Christnacht. 1. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 2 Uhr Kinder-Gottesdienst.	Waffen. Am 1. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrergottesdienst, Pfarrergütler.	Nehden. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, vorm. 11 1/2 Uhr Kinder-Gottesdienst.	Schwefel. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Heiligabend nachm. 5 Uhr Christnacht. 1. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 2 Uhr Kinder-Gottesdienst. Sonntag nach Weihnachten vorm. 10 Uhr Gottesdienst.	Dulsig. 2. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
--	--	---	---	---	--

Die schwere Beleidigung, die ich Hr. Marta Niesel zugefügt habe, siehe ich hiermit zurück und bitte Sie um Verzeihung. Otilie Niesel.

Der Sejm beschließt neue Wirtschaftsverträge mit Deutschland, Frankreich und Finnland.

Neben dem Senat hat auch der Sejm nach einer längeren Pause seine Arbeiten wieder aufgenommen. Die Sitzung am Dienstag begann mit der Wahl des dritten Vizemarschalls des Sejm an Stelle des ehemaligen Abgeordneten Byrka. Der Landwirtschaftliche Klub hatte die Kandidatur des Abgeordneten General Zeligowski aufgestellt. Dieser aber lehnte die Wahl ab und schlug seinerseits die Kandidatur des Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Klubs Abgeordneten Kielak vor. Die sogenannten „Verbesserer“ meldeten die Kandidatur von Dr. Leon Szczęśliki aus Posen an, außerdem wurde die Kandidatur des Abg. Swidziński angemeldet, der aber ablehnte. Aus der Abstimmung, bei der von 228 Stimmen auf Kielak 122 und auf Szczęśliki 53 entfielen, ging Kielak als gewählt hervor. Wie die polnische Presse meldet, waren der Anmeldung der Kandidaturen gewisse Besprechungen in den Wandelgängen des Sejm vorangegangen. General Zeligowski war der Kandidat der Konservativen. Zweifellos hätte er auch bei den anderen Parteien eine gewisse Unterstützung gehabt. Die Volksgruppe war jedoch der Meinung, daß ihr der Posten des Vizemarschalls zufallen müßte. General Zeligowski verzichtete daraufhin auf seine Kandidatur, und die konservative Gruppe gab ihre Stimmen für den Abgeordneten Kielak ab, um nicht die Kandidatur der „Verbesserer“ zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das Gesetz über die Zusatzkredite für die vergangene Zeit angenommen. Es handelte sich um 1.000.000 Zloty für die Polizei-Reserve, 76.000 Zloty für die Grenzwaage, zwei Millionen Zloty für die Hilfe bei dem Abschluß von Konversationsabkommen zugunsten der Landwirtschaft, 250.000 Zloty für Personal-Kredite in der Zentralen Einfuhrkommission und 750.000 Zloty für die von Katastrophen heimgesuchten ländlichen Wirtschaften.

Dann wurde in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Ratifizierung des provisorischen Handelsabkommens sowie des Zahlungsabkommens mit Frankreich vom 18. Juli 1936 angenommen. Dieses neue Abkommen ist der Ausdruck für den Ausgleich der polnisch-französischen Beziehungen, die seit der Pariser Reise des Marschalls Smigły-Rydz hatten. Der Berichterstatter betonte, daß bis zum Jahre 1930 der Überschuß in der Handelsbilanz zugunsten Frankreichs durchschnittlich 285 Millionen Franc jährlich betrug. Diese Bilanz war auch in den späteren Jahren für Polen passiv. Was die Zahlungsbilanz anbelangt, so hat Polen an Frankreich durchschnittlich 500 Millionen Franc jährlich überwiesen. Die polnischen Staatsanleihen wurden niemals auf dem französischen Markt untergebracht. Nach der Stabilisierung des Zloty erhielt Polen aus dem Ausland in Form von staatlichen, kommunalen und anderen Anleihen rund fünf Milliarden Zloty, wovon der Anteil Frankreichs kaum 526 Millionen Zloty betrug. Das französische in Polen investierte Kapital war bis auf zwei Milliarden Zloty angewachsen, es war aber fast völlig auf polnischem Gebiet schon in der Zeit investiert, als noch die Teilungsmächte dort regierten. Im Jahre 1929 bemühte sich die Polnische Regierung um den Abschluß einer neuen Konvention, die jedoch vom französischen Parlament nicht ratifiziert wurde. Erst in diesem Jahre soll darin ein Umschwung in Frankreich eintreten. Das neue Abkommen enthält, wie der Referent betonte, für Polen günstige Änderungen. Es ist ein Provisorium und schon im Januar sollen Verhandlungen über den Abschluß einer dauernden Konvention beginnen.

Nach Annahme des Gesetzesentwurfs über die Ratifizierung des polnisch-finnländischen Tarifprotokolls, des Gesetzes über die Ratifizierung des Zusatz-Protokolls zum Handels- und Navigations-Abkommen zwischen Polen und der Tschechoslowakei und schließlich des polnisch-schwedischen Protokolls vom 2. Juli 1936 berichtet Abg. Ziłorski über den Gesetzesentwurf betreffend die zweite Verständigung zum Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und Deutschland. Der Referent erinnerte daran, daß das im vorigen Jahre abgeschlossene Wirtschaftsabkommen am 30. Oktober d. J. erloschen ist. Die Verhandlungen über den Abschluß eines weiteren Abkommens sind im Gange. Zur Vermeidung eines vertragslosen Zustandes wurde eine Vereinbarung getroffen, durch welche die Gültigkeitsdauer des vorigen Abkommens bis Ende des laufenden Jahres verlängert wird. Auf die Frage des jüdischen Abgeordneten Sommerstein, ob sich in der Zeit der Dauer des Abkommens in Deutschland eingefrorene Beträge in Höhe von etwa 100 Millionen Zloty aus dem Titel der Transitforderungen und des Zahlungsfeldes verringert habe, erwiderte der Berichterstatter, daß die in Deutschland eingefrorenen Beträge den Gegenstand einer neuen Vereinbarung bilden. Diese Forderungen sollen bis zum 1. April 1938 beglichen werden. Der Gesetzesentwurf wurde in beiden Lesungen angenommen. Im Anschluß hieran fand auch der Gesetzesentwurf über die Ergänzung des Wirtschaftsabkommens zwischen Polen und Deutschland vom 4. November 1935 Annahme.

Politische Besprechungen des Regierungschefs.

Während der Sitzung des Sejm fanden im Ministerkabinett Beratungen des Ministerpräsidenten General Składkowski mit den Ministern und hervorragenden Politikern des Regierungslagers statt. In den Wandelgängen des Sejm haben diese Konferenzen ein großes Interesse erweckt. Unter den Gerüchten, die im Zusammenhang mit diesen Beratungen entstanden, heißt es, daß es sich hier angeblich um drei Minister, und zwar um den Minister für Industrie und Handel Roman, den Kultusminister Swiętosławski sowie den Landwirtschaftsminister Poniatowski gehandelt habe. Es wird darauf hingewiesen, daß besonders zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten ein Mißverständnis bestehe, das wahrscheinlich durch die letzte Rede des Regierungschefs hervorgerufen wurde, der in der Antwort an Senator Rostworowski zugab, daß er selbst die Verantwortung über die Forstwirtschaft nicht gerade für sehr glücklich halte. Nach Versicherungen maßgebender Kreise hat Minister Poniatowski im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall bis jetzt noch nicht die Absicht eines Rücktritts erklärt. Wie es heißt, ersucht sich Minister Poniatowski einer großen Unterstützung der „Verbesserer“, die aber bei der Wahl zum Vizemarschall des Sejm eine Niederlage erlitten haben.

Fürst Radziwiłł spricht.

Wieder Annäherung der Konservativen an die Regierung?

Dem Vorstoß, den der Sprecher der Konservativen Graf Rostworowski im Senat gegen die Regierung unternommen hatte, der aber mit einer Art von Ausgleich abschloß, war in Krakau eine Versammlung der „Freunde des Gases“ vorangegangen, in welcher der Führer der Konservativen, Fürst Janusz Radziwiłł, eine große Programmrede hielt. Anwesend waren in der Versammlung hauptsächlich Vertreter des Großgrundbesitzes wie die Grafen Potocki, die Fürsten Radziwiłł, mehrere Grafen Tarnowski und der frühere Landwirtschaftsminister Męstwiński, aber auch Großindustrielle, wie der bekannte Bierbrauer, Baron Góscimski, und zahlreiche angesehene Universitätslehrer.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Ehrung des vor einigen Jahren verstorbenen konservativen Führers, Professor Władysław Leopold Ritter von Jaworski, der während des Weltkrieges als Präsident des Obersten polnischen National-Komitees die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten organisierte.

Dann ergriff Fürst Janusz Radziwiłł das Wort zu einer Rede, in der zwar sachliche Kritik an einzelnen Ministerien geübt, aber die Bereitwilligkeit zu einer weiteren Zusammenarbeit in einer Art von erneuertem Regierungsbündnis verhandelt wurde.

„Wir beobachten“, so sagte Fürst Radziwiłł u. a., „in einer Reihe von grundsätzlichen Gebieten unseres Lebens viele unerwünschte, ja manchmal sogar gefährliche Inkonssequenzen.“

Man spricht z. B. sehr viel von dem Kampf mit dem Kommunismus. Aber wer in diesem Kampf wirklich den Sieg davontragen will, muß mit der vom Kommunismus am wütendsten bekämpften christlichen Religion einig sein.

Indessen werden, während die Staatsbehörden einerseits ständig ihre positive Einstellung der Kirche gegenüber betonen und jede staatliche Feier mit einem Gottesdienst eingeleitet wird, andererseits Erscheinungen geduldet, wie die Agitation des mächtigen, bedeutenden Gruppen unserer Lehrerschaft umfassenden Polnischen Lehrerverbandes. In einer Versammlung in der Prowina, wo ein Führer dieses Verbandes eine Vorlesung hielt, habe ich den Satz gehört: „Es ist die Aufgabe der polnischen Lehrer, alles zu bekämpfen, was vom Kreuze kommt.“ Ähnlich verhält es sich mit der Presse. In einigen Tagen werden wir auf der ersten Seite zahlreicher Blätter Bilder zu Ehren des

Ist das wirklich Germanisierung?

Die polnisch- evangelischen Blätter von Warschau bis Leschen und die polnische Presse von Posen bis Kattowitz hat über das neue Kirchengesetz nicht so viel berichtet wie über die Tatsache, daß der Posener Militärpfarrer Switalski einen polnischen Gottesdienst am 11. November nicht hat in der evangelischen Kirche zu Kempten halten können. Das betreffende Gesuch der beiden Ortsgruppen Przybyszew und Kempten des Vereins evangelischer Polen sei vom evangelischen Gemeindefürsorgeamt in Kempten abschlägig beschieden worden. Aus dieser Tatsache, die nun schon einen Monat zurückliegt, macht z. B. der „Kurjer Poznański“ vom 11. Dezember noch einen großen Aufschrei mit der fetten Überschrift „Entnationalisierende Tätigkeit der deutschen Pastoren in Großpolen und Pommern“. Der Kemptener Vorfall und die Kempten betreffenden Vorwürfe werden nach der Gewohnheit dieser Zeitung verallgemeinert und so kommt man z. B. zu der Feststellung, daß die Polen evangelischen Bekenntnisses in Südpolen nichts mit dem deutschen evangelischen Bekenntnis gemeinsam hätten, sondern daß es ihnen nur zu Germanisationszwecken aufgezwungen worden sei. Der Artikel, der auch die Wirksamkeit der Deutschen Vereinigung im Südpolener Bezirk angreift, schließt mit der Forderung, polnische Pastoren in die Gemeinden von Posen und Pommern zu schicken.

Der Tatbestand, der den aufgeregten Meldungen zugrunde liegt, ist folgender: Ähnlich wie in Oberschlesien haben sich auch in Südpolen einige kleine Vereine evangelischer Polen angefangen, die zum Teil von den dort angesehnen polnischen evangelischen Lehrern geleitet werden. Diese Vereine haben, wie z. B. der „Kurjer Poznański“ zugibt, meist in der zugewanderten Intelligenz wirklich Boden gefunden, weniger aber unter den einheimischen Evangelischen, obwohl man mit allen Mitteln, durch Ferienkinderkolonien, Gesellschaftsreisen nach Krakau und ähnlichen Dingen dafür Propaganda macht. Auch in Kempten und in Przybyszew bestehen solche Ortsgruppen mit nur wenigen Mitgliedern. Die in Kempten ist erst im Herbst d. J. gegründet worden. Die beiden Ortsgruppen wandten sich an den evangelischen Gemeindefürsorgeamt in Kempten mit der Bitte, ihnen die Kirche am 11. November zu überlassen, da sie Pfarrer Switalski aus Posen aufgefordert hätten, ihnen an diesem Tage einen Gottesdienst zu halten. Da die Kirche aber für die Gemeinde und nicht für einen Verein bestimmt ist, lehnte der Gemeindefürsorgeamt diese Bitte ab mit dem Hinweis, daß wie üblich an den Staatsfeiertagen, auch am 11. November wieder ein Gottesdienst in der Kirche stattfindet, und zwar gleichfalls in polnischer Sprache. Trotz dieser Begründung der Ablehnung war die Erregung unter den evangelischen Polen groß. Der „Kurjer Poznański“ stellt den Fall so dar, als sei den evangelischen Polen ihre Kirche verschlossen,

Weihnachtsfestes erblicken, aber gleichzeitig finden wir auf der zweiten, dritten oder vierten Seite dieser Zeitung fast täglich die Propaganda für eine antireligiöse, unmoralische Ideologie vor, die man vom Kommunismus schwer unterscheiden kann. Wir wissen, daß es sogar in einer solchen Institution wie in der Polnischen Akademie für Literatur ähnliche Leute gibt, die ihre unzweideutigen Ansichten in der Publizistik propagieren, welche dann im polnischen Heeresorgan bekämpft werden müssen.

Eine große Inkonssequenz beobachtet man auch in der Politik. Einerseits beruft man sich andauernd auf die Persönlichkeit des Großen Marschalls und auf seine Ideologie, die eine Ideologie der völkischen Solidarität war, was bei der Bildung des Regierungsbündnisses seinen Ausdruck gefunden hat, aber gleichzeitig lesen wir in in verschiedenen Regierungsblättern Verhöhnungen des Blocks und der Idee der Solidarität.

„Wir kehren also zu all den Grundfragen und Praktiken zurück, die in der Folge am 12. Mai den Marschall auf die dritte Brücke führten. Es entsteht wieder das „private“ Unwesen, es entstehen Verhöhnungen und alles das, was seit dem Jahre 1926 so energisch bekämpft wurde.“

Diese Gefahr der Inkonssequenz unseres politischen Lebens ist um so größer als sie sogar Unterstützung bei sehr hochgestellten Staatsbeamten, ja bei den Mitgliedern des Kabinetts finden. Auch die Autorität der Verfassung wird nicht gehörig geachtet. Dies kommt besonders in der Beschränkung des ohnehin so bescheidenen Umfangs der Berechtigungen zum Ausdruck, die den Kammern zustehen. Sie sollen die Regierung beaufsichtigen. In dieser Bemühung beschloßen die Kammern in der vorigen Session eine Entschließung, in der gefordert wird, ihre Kontrolle an der Wirtschaft der Staatsforsten zu erweitern. Zugewiesen erläßt die Regierung auf Antrag des Landwirtschaftsministers eine Verordnung, die nicht allein die einstimmig durch die Kammern ausgedrückten Forderungen nicht berücksichtigt, sondern überhaupt jede Kontrolle an den Staatsforsten aus dem Einfluß der gesetzgebenden Körperschaften ausschaltet.

Viel zu wünschen lassen auch, so fuhr Fürst Radziwiłł fort, „unsere politischen Sitten übrig. Man lehrte uns acht Jahre hindurch im Block, daß eine unserer Hauptaufgaben darin bestehe, diese Sitten zu bessern. Indessen, was haben wir? Im Laufe der letzten Haushaltsession machten einige Abgeordnete oder Senatoren diese oder jene kritische Bemerkung über dieses oder jenes politische oder wirtschaftliche Thema. Und hier stießen wir leider auf die ungeheure traurige und peinliche Erscheinung eines gewissen Drucks, der auf die betreffenden Abgeordneten oder Senatoren ausgeübt wird, diese Kritik zu unterlassen. Wenn man acht Jahre lang gehört hat, daß es unsere Aufgabe sei, die politischen Sitten zu bessern, so muß man diesen Druck zu den schlimmsten hinzuzählen. An einer solchen Herabsetzung der Autorität der gesetzgebenden Körperschaften kann doch niemandem gelegen sein.“

die sie mit eigenen Opfern noch zur Zeit vor den Teilungen, also vor 1795 gebaut hätten. Auch hier ein kleiner Irrtum: die jetzige Kemptener Kirche ist 1863 gebaut worden, und zwar hauptsächlich mit Hilfe des Gustav-Adolf-Vereins, der beträchtliche Mittel dafür gesammelt hat. Wenn die Kemptener Gemeinde von sich aus zu dem Bau beigetragen hat, so war es in erster Linie die Kemptener Bürgerschaft, die in diesen Jahren aber durchweg deutsch war.

Man wollte nun auf den Gottesdienst nicht verzichten und hielt ihn zu gleicher Zeit wie den Gottesdienst in der Kirche in der evangelischen Volksschule. Obwohl die Berichte in den polnischen Tageszeitungen von einer zahlreichen Teilnahme sprachen, der „Przeglad Ewangelicki“ etwa 150 Personen nannte, u. a. den Vizestarken und den Gymnasialdirektor, haben tatsächlich nur etwa 70 Personen daran teilgenommen, darunter 20-30 Schulkinder. Aus der Gemeinde Kempten, die etwa 900 Seelen zählt, haben noch nicht 20 Personen daran teilgenommen. Die polnisch sprechenden Gemeindeglieder wissen ja aus der Erfahrung von Generationen, daß sie von ihren Pastoren stets in Predigt und Seelsorge in der polnischen Sprache versorgt werden, weil auch der deutsche Pfarrer weiß, daß Mutterprache und Religion eng zusammengehören. Nicht erst jetzt, aus irgend welchen Opportunitätsgründen, ist die polnische Sprache in den evangelischen Gottesdienst eingeführt worden, sondern auch zu preussischer Zeit wurde dort polnisch gepredigt, ebenso wie in den andern Gemeinden dieses südlichen Kirchentums, dessen Pastoren alle die polnische Sprache beherrschten und mit ihren Gemeindegliedern stets im besten Verhältnis gelebt haben. Von einer Germanisierung kann also in keiner Weise die Rede sein. Die polnische Presse aber ist froh, in dem Kemptener Anlaß neue Angriffsflächen gegen die deutschen Pastoren und gegen das Posener Konsistorium gefunden zu haben.

pz.

Republik Polen.

Zwölf Kommunisten nach Bereza geschickt.

Auf dem Gebiet der Wojewodschaft Krakau wurden, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, in diesen Tagen 12 Personen wegen kommunistischer Betätigung verhaftet. Sie wurden jetzt nach dem Isolierungslager in Bereza Kartuska geschickt.

Hohe Gefängnisstrafen für antisemitische Ausschreitungen.

Das Bezirksgericht in Grodno hat zwei Mitglieder der Nationalen Partei, die unter der Anklage standen, eine Bombe mit einem Uhrwerk am Hause eines jüdischen Vereins niedergelegt zu haben, zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ein dritter Angeklagter wurde freigesprochen. Der Hauptangeklagte war wegen Organisation von antijüdischen Ausschreitungen im vorigen Jahre schon einmal zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, und der zweite hatte vor einer Woche sechs Monate Gefängnis erhalten, weil er im Februar d. J. in verschiedenen jüdischen Geschäften die Fensterscheiben eingeschlagen hatte.

Statt der Weihnachtswünsche — Gaben für die Winterhilfe.

Der Ministerpräsident, General Sławoj-Składkowski, hat im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Weihnachtsfest an die Minister ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese gebeten werden, den ihnen unterstellten Behörden, Ämtern und Institutionen entsprechende Weisungen zu geben, daß von den Weihnachtswünschen und Neujahrswünschen Abstand genommen und die dadurch erparten Beträge der Winterhilfe für die Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden.

3.89 Zloty

monatlich kostet die

„Deutsche Rundschau“

für diejenigen Abonnenten, welche die Zeitung durch die Post beziehen.

Der Briefträger kommt

in den Tagen vom 20. bis 28. Dezember zu unseren Post-Abonnenten, um den Abonnementsbetrag für den Monat Januar bzw. für das I. Quartal 1937 in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung.

